Dienstag, 5. Juni 1923. | Einzelnummer 400 Mark. | 62. Jahrgang. Nr. 123.

# Posener Tageblatt
## (Posener Warte)

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 9500.— in den Ausgabestellen 9700.— durch Zeitungsboten 10000.— am Postamt ..... 10000.— ins Ausland 15000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher: 2273. 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 250.— M. Reklameteil. 750.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 250.— p. M. „ Reklameteil 750.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Rückblick auf die Woche.

Am Sonnabend vor acht Tagen kam, wie vorauszusehen war, die Regierung Sikorski zu Fall. Das Mißtrauensvotum erteilten außer den Parteien der Koalition auch die Minderheiten, die Sikorski durch Kundgebungen und Amtshandlungen sämtlich vor den Kopf gestoßen hatte. Das neue Kabinett mit Witos an der Spitze, dem Piasten Kiernik als Innen-, dem Nationaldemokraten Marjan Seyda als Außenminister, hat seine Amtstätigkeit bereits begonnen. Infolge der Bildung der neuen Regierung erklärte Marschall Józef Piłsudski nicht nur seinen Rücktritt vom Posten des Generalstabschefs und des Vorsitzenden des engeren Kriegsrates, sondern sogar seinen Austritt aus dem aktiven Dienst im polnischen Heere überhaupt. Aufs deutlichste tritt in dem Ausscheiden dieses Mannes aus dem Staatsdienst zu Tage, daß Polen mit der Begründung der polnischen Mehrheit in einen neuen Abschnitt seiner inneren Geschichte getreten ist. Das Polen Piłsudskis ist nicht mehr, das Polen Korfantys ist offiziell an seine Stelle getreten. Die massenhaften Ausweisungen von Deutschen, die diesen Wechsel begleiten, zeigen, was die Minderheiten Polens zu erwarten haben, den Friedensversicherungen des Herrn Witos in seiner Programmrede zum Trotz.

In Deutschland ist die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Vorbereitungen des neuen deutschen Angebots gerichtet. Entsprechend der Erklärung des Reichskanzlers, daß die deutsche Wirtschaft zur Sicherung der deutschen Zahlungen, bezw. des Anleihedienstes einer deutschen Anleihe herangezogen wird, haben die führenden Wirtschaftsverbände jetzt der Regierung mitgeteilt, in welchem Umfange sie die Haftung für die Jahreszahlungen übernehmen wollen. Die Industrie will 200 Millionen Goldmark jährlich garantieren, die Landwirtschaft die gleiche Summe, 100 Goldmillionen rechnet man auf Handel und Banken.

Im Ruhrgebiet kam es zu erheblichen kommunistischen Unruhen. Diese sind durch bolschewistisch Propaganda, deren Leiter in Deutschland Radek war, hervor gerufen. In Gelsenkirchen, Dortmund und Bochum hatten di Kommunisten einige Tage lang die tatsächliche Macht in de Händen. Die geringen Bestände an kommunaler Polizei, der bürgerliche Selbstschutz und die Feuerwehr hatten Mühe, sich gegen die kommunistischen Hundertschaften, die nach einem wohlorganisierten Plan vorgingen, zu behaupten. Die deutschen Bolschewisten übten ihren Terror gegenüber den Bergleuten aus., 5/6 oder mehr der Belegschaften der Zechen wollten arbeiten wurden aber von den mit den modernsten Waffen ausgerüsteten Kommunisten gewaltsam an der Arbeit gehindert. Doch wurde gegen Ende der vorigen Woche der Generalstreik nach gewissen Zugeständnissen der Unternehmer beendet. Eine andere Art von Übergriffen war die Beschlagnahme der Warenvorräte, in den Geschäften und der Verkauf zu willkürlich festgesetzten niedrigen Preisen, wodurch die Kaufmannschaft erhebliche Verluste erlitt. Frankreich verhielt sich vollkommen passiv gegenüber den Unruhen. Gleichzeitig fanden auch an anderen Orten Deutschlands, am heftigsten in Dresden kommunistische Teuerungsunruhen statt.

Frankreich führt seine überscharfe Gewaltpolitik gegen Deutschland fort. Das erste Todesopfer der französischen Justiz war der Kaufmann Albert Leo Schlageter, der am 26. Mai in Düsseldorf erschossen wurde. Sein Los ist vielleicht dem der zahlreichen in französischen Kerkern schmachtenden, Roheiten und Quälereien ausgesetzten oder gar zu Zwangsarbeit verurteilten Deutschen vorzuziehen. Indessen brauchen ja diese die Hoffnung nicht aufzugeben, in absehbarer Zeit befreit zu werden. Frankreich und Belgien können die Besetzung nicht unbegrenzt lange fortführen. Die Kosten sind zu groß und die Kritik gegen die Art und Weise, wie die Besetzung durchgeführt wird, wächst in Frankreich. Freilich steht dem Ziehen der Konsequenzen aus diesen Tatsachen der chauvinistische Wahn entgegen, der aufs stärkste die französischen Gehirne umnebelt, und die Unfähigkeit, sich in die Seele des Unterdrückten zu versetzen. Selbst Loucheur, der Wirtschaftsführer, erklärte, kein Franzose könne auf die deutsche Forderung einer Räumung eingehen. Nach dem Urteil des italienischen Blattes „Idea Nazionale" kommt zur Zeit in Frankreich eine verschärfte Gehässigkeit gegen Deutschland zum Ausdruck. Die Franzosen, so schreibt das italienische Blatt, können sich nicht denken, daß Frankreich etwas anderes tun könne, als Deutsche im Ruhrgebiet zu füsilieren. In Belgien macht sich hingegen eine versöhnlichere Stimmung geltend. Belgien ist viel weniger imstande, eine lange erfolglose Aktion von der Art der an der Ruhr auszuhalten. Außerdem fürchtete man dort auch ein Übergreifen der kommunistischen Unruhen auf das eigene Land. Belgien hat schriftliche Vorschläge in Paris eingereicht, wie man Zahlungen von Deutschland erhalten kann. Es wird eine Nutzbarmachung der Erträge der Eisenbahnen, ein Zucker-, Alkohol- und Tabaksmonopol für Deutschland vorgeschlagen. Wenn auch Belgien auf Grund dieser Vorschläge allzuhohe Jahreszahlungen von über 2 Milliarden ansetzt, während Deutschland nur 1 1/2 Milliarden bieten zu können glaubt, so zeigen doch diese Pläne die Richtung, in der sich eine künftige Erörterung wird bewegen müssen. Deutschland schlug tatsächlich vor, die Einkünfte der Staatseisenbahnen, die Zölle und das Branntweinmonopol zur Verfügung der Reparationszahlungen zu stellen.

In Belgien, wie auch in England und Italien, ist man sehr geneigt, eine neue Konferenz sämtlicher Alliierten anzuberaumen, wenn nur Poincaré mitmachen will. Dieser unheilvolle Mann fährt am 6. Juni zu Beratungen nach Brüssel, und es ist anzunehmen, daß er die Verständigungswünsche der Belgier zu unterdrücken suchen wird. Mussolini hatte Fühlhörner ausgestreckt, um an diesen Beratungen teilnehmen zu können. Indessen wurde ihm deutlich abgewinkt. Man will ganz unter sich sein.

Das Kabinett Baldwin hat in England zu regieren begonnen. Eine besondere Sensation dieses Kabinettes ist die Aufnahme Lord Robert Cecils, des rührigen Völkerbundenthusiasten. Die Teilnahme dieser Persönlichkeit am englischen Kabinett wird in Frankreich nicht sehr angenehm empfunden. Man erwartet, daß Lord Cecil sich energisch bemühen wird, um die Ruhrfrage vor den Völkerbund zu bringen und man fürchtet diese Aktion, was ein ganz offenbares Zeichen von bösem Gewissen Frankreichs ist. Ebenso fürchtet man die englische Kontrolle und die englischen Proteste in der Saarfrage. Von Baldwin erwartet man ein energischeres Auftreten gegenüber Frankreich in der Reparationsfrage.

Was die Haltung Amerikas anbetrifft, so ist das Interesse für die Angelegenheiten Europas weiterhin dort sehr

# Die Aussprache über die Programmrede des Ministerpräsidenten Witos.

### Das Kabinett Witos erhält ein Vertrauensvotum.

In der Sonnabendsitzung des Sejm wurde die am Freitag vom Ministerpräsidenten gehaltene Programmrede besprochen.

Als erster ergriff der Nationaldemokrat Stanisław Kosicki das Wort. Er betonte, daß er mit Befriedigung die Erstehung einer parlamentarischen Regierung begrüße, denn nur eine solche auf die Mehrheit gestützte Regierung ist imstande eine zielvolle Politik zu führen. Das deutliche Programm dieser Regierung ist ein Ergebnis des Kompromisses zwischen den Parteien. (Unruhe auf der Linken.)

Der Marschall erinnerte, daß er sich vor der Sitzung an die Klubleiter gewandt habe und jetzt die Mitglieder der Kammer um Ruhe und um Anhören der Reden bitte.

Abg. Kosicki: „Die von der Regierung aufgestellten Fragen der Auslandspolitik decken sich mit denen, die meine Partei immer verteidigt hat und verteidigen wird. Besondere Aufmerksamkeit widmete er der Friedenstendenz der polnischen Nation. Alle in Polen wünschen den Frieden und die Möglichkeit eines inneren Aufbaues. Ebenso unterstützen wir die Regierung bei der Bemühung um Erhaltung der Ruhe im Lande. Wir sind Gegner aller illegalen Machenschaften und Verschwörungen; der politische Kampf muß offen sein und sich im vollen Licht abspielen. Die letzten Ereignisse drängten die Sanierung der Finanzen in den Hintergrund. Diese Frage ist unser größter Kummer, und wir sind glücklich, daß sie weiterhin konsequent durchgeführt wird. Die Sanierung der Finanzen muß im Einvernehmen mit der Gesamtpolitik durchgeführt werden, denn gute Politik — das sind gute Finanzen. Übergehend auf die sozialen Beziehungen muß bemerkt werden, daß die Teilungsmächte bei uns den Demokratisierungsprozeß und die Einführung der Reform aufgehalten haben. Polen muß gegenwärtig diese Vernachlässigung beseitigen und seinen Aufbau dieser Notwendigkeit anpassen. Wir werden die sozialen Reformen, die vom Premier Witos versprochen wurden unterstützen. Obgleich wir den Frieden wünschen und an ihn glauben, so glauben wir doch nicht an einen ewigen Frieden. Wir unterstützen auch lebhaft alle Anstrengungen zur Errichtung einer Armee auf einer in technischer und moralischer Hinsicht entsprechenden Basis. Wir wünschen in der Armee keine Politik, sondern nur Fachkenntnisse. Das uns unterbreitete Programm ist kein Regierungsprogramm, sondern ein Programm der Vereinigten Parteien und obgleich zwischen diesen Parteien noch Gegensätze bestehen, werden wir es loyal unterstützen. (Bravo im Zentrum und auf der Rechten.)

Abg. Thugutt erkennt mit Dankbarkeit an, daß die Krisis nicht so lange dauerte, als nach den langen Vorbereitungen zu erwarten war.

Der Redner verweigert der Regierung das Vertrauen.

Im weiteren Verlaufe sprechen sich für das Vertrauensvotum aus die Abg.: Dębski (P. S. L. Piast), Chacinski (Chr. Dem.), Jasinski (kath. Volksklub), Stronski (Chr. Nat.), Wachowiak (N. P. R.), Pfarrer Ilkow (ukr. Bauernklub); dagegen: Moraczewski (P. P. S.), Grünbaum (jüd. Klub), Podhorski (ukr. Klub), Taraszkiewicz (Weißruss. Klub), Dębski (P. S. L. Volksklub), Utta (deutsche Vereinig.), Okoń (radikale Bauernpartei) und Hipolit Śliwinski.

Die Diskussion wird damit geschlossen. Es wird zur Abstimmung über die vom Abg. Dębski eingebrachte Resolution geschritten, wonach der Sejm die Erklärung der Regierung zur Kenntnis nimmt.

In namentlicher Abstimmung wird die Resolution mit 226 gegen 171 Stimmen bei 2 weißen Zetteln angenommen.

Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit Händeklatschen aufgenommen.

Die weiteren Punkte der Tagesordnung wurden auf die am Dienstag stattfindende nächste Sitzung verlegt.

## Interpellation

**des Abgeordneten Artur Pankratz und Genossen von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Finanzminister, den Herrn Minister für Arbeit und soziale Fürsorge und den Herrn Eisenbahnminister in Angelegenheit der völlig unzeitgemäßen Pension für Arbeiter bzw. ihre Hinterbliebenen der Staatseisenbahn des ehem. preuß. Teilgebiets sowie in Sachen der Unfallversicherten.**

Die Angelegenheit der Entschädigung für Arbeiterpensionäre bzw. ihre Hinterbliebenen der Staatseisenbahn des ehem. preuß. Teilgebiets sowie die Entschädigung für die der Unfallversicherung Unterstehenden befindet sich in einem Zustande der größten Vernachlässigung. Abgesehen davon, daß die Pensionen für andere Arbeiterkategorien staatlicher Institutionen, für Kriegsinvalide usw. verschiedene Höhe zeigen und größtenteils auch längst nicht mehr zeitgemäß sind, spotten die Entschädigungen für die Arbeiterpensionäre bzw. ihre Hinterbliebenen der Staatseisenbahn im ehem. preuß. Teilgebiet desgleichen die Entschädigungen für die Opfer von Unglücksfällen jeder Beschreibung.

Während die Teuerung ihre größten Orgien feiert und das Existenzminimum mehrere zehntausend Mark täglich beträgt, werden erwähnte Pensionäre und Unfallversicherten mit Summen abgespeist für die sie auch nicht das geringste kaufen können, mit Summen, die man nicht einmal einen Almosen nennen kann.

Der Betrag der beispielweise den Witwen der bei der Staatseisenbahn im ehem. preuß. Teilgebiet beschäftigten Arbeiter ausgezahlt wird, betrug monatlich bisher 12 Mark 30 Pf. Ende April dieses Jahres wurde den in Frage kommenden Pensionsempfängern amtlicherseits mitgeteilt, daß die Pension von 12,30 Mk. auf sage und schreibe 922 Mark erhöht sei. Es wirkt wie eine Ironie und beleuchtet den schematisch arbeitenden Bürokratismus in schärfster Weise, wenn von der lächerlich geringen Summe von monatlich 922 Mark, die nicht einmal für das Brot zu einem Tage ausreicht, noch die bereits bis Mai d. Js. pro Monat ausgezahlten 12,30 Mark abgezogen werden.

Ebenso traurig wie die Lage der dahin vegetierenden Arbeiterpensionäre und ihrer Hinterbliebenen ist die der durch Unfall Beschädigten. Sie erhalten die seinerzeit noch im Frieden ausgezahlte Pension und zwar

**monatlich 6 Mark!**

Es gibt auch Fälle, in denen mehr gezahlt wird nämlich 6 Mark 25 Pf.

Angesichts dieser vollkommen unzeitgemäßen und empörenden Abspeisungen, die überall größte Erbitterung hervorrufen und deren sofortige Beseitigung ein dringendes Gebot der Stunde ist, fragen die Unterzeichneten an:

1. Was gedenkt die Regierung zwecks zeitgemäßer Erhöhung der Pensionen der Arbeiter bzw. Hinterbliebenen der Staatseisenbahn des ehem. preuß. Teilgebiets und der Unfallversicherten zu tun?
2. Ist die Regierung bereit, den in äußerster Not lebenden Pensionären und Unfallversicherten eine möglichst baldige Nachzahlung bzw. Unterstützung zu gewähren?

Warschau, den 2. Juni 1923.

Die Interpellanten.

## Die Schließung der Deutschtumsbünde in Pommerellen.

**Interpellation des Abg. Daczko und anderer Abgeordneten von der Deutschen Vereinigung im Sejm an den Herrn Minister des Innern.**

Indem wir auf unsere Interpellation vom 14. Mai d. Js. Bezug nehmen haben wir hierzu folgendes nachzutragen: In den letzten Tagen sind die Deutschtumsorganisationen in Pommerellen und ihre Filialen durch die zuständigen Starosten bzw. Stadtpräsidenten durch Bekanntmachung im „Orendownik Urzędowy" folgenden Inhalts aufgelöst und ihre weitere Tätigkeit verboten worden:

„Bekanntmachung.

Es ist festgestellt worden, daß die Vereine des Deutschtumsbundes und ihre zugehörigen Filialen den Bereich ihrer statutenmäßigen Tätigkeit überschreiten und ebenso die Tätigkeit ihrer Leiter schädlich und verbrecherisch ist und vielfach sich mit dem Strafgesetz im Widerspruch setzt.

Auf Grund dessen ist der Verein des Deutschtumsbundes in ....... im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes vom 12. April 1908 R. G. Bl. vom 19. Mai d. Js. aufgelöst und seine weitere Tätigkeit verboten worden, was hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

........., den 18. Mai 1923.

Unterschrift: Starost."

Es ist seitens der Behörde in keinem Falle eine Ueberschreitung der Satzungen durch die Vereine bezw. deren Leiter, auch in keinem Falle eine schädliche und verbrecherische Tätigkeit, die mit den Strafgesetzen im Widerspruch steht, nachgewiesen worden. Mehrere Vorstände der Deutschtumsbünde haben sich nach Veröffentlichung dieser Bekanntmachung zu den zuständigen Starosten begeben, um über den Grund der Schließung nähere Auskunft einzuholen. Es ist ihnen mitgeteilt worden, daß in dem betr. Kreise nichts vorgekommen wäre, was mit den Strafgesetzen kolidiert, die Herren Starosten hätten auch nicht aus eigener Initiative gehandelt, sondern auf Veranlassung der vorgesetzten Verwaltungsbehörden, d. i. des Herrn Wojewoden von Pommerellen. Indem wir auf Art. 109 der Verfassung verweisen, nach welcher der deutschen Minderheit das Recht zusteht, sich zu Verbänden zusammenzuschließen, die autonomisch-rechtlichen Charakter tragen und im Dienste der Pflege deutsch-völkischer Kultur und Interessen stehen, fragen wir den Herrn Innenminister an:

1. Ist ihm die Verfügung des Herrn Wojewoden bekannt?
2. **Wird er sofort den Erlaß des Herrn Wojewoden von Pommerellen aufheben**, um dadurch das der deutschen Minderheit nach der Verfassung zustehende Recht zu wahren?
3. Was gedenkt der Herr Minister gegen den Herrn Wojewoden **wegen der Verletzung des verfassungsmäßigen Rechts** zu unternehmen.

Warschau, den 1. Juni 1923.

Die Interpellanten.

gering und es besteht keine Aussicht, daß die Vereinigten Staaten versuchen werden, ihren Einfluß zugunsten irgend einer Lösung der Fragen, die Europa bewegen, geltend zu machen. Lord Cecils Werben für Eintritt Amerikas in den Völkerbund stieß auf ausgesprochene Ablehnung des Präsidenten Harding und der maßgebenden Senatoren.

England besteht Rußland gegenüber auf seinen Forderungen, und wie es scheint, wird Rußland nachgeben müssen, um das Band der Handelsbeziehungen, das es mit dem Westen verknüpft, nicht ganz zerreißen zu lassen. Charakteristisch ist es, daß Leslie Urquhardt, der englische Großindustrielle, dessen mit Krassin geschlossenem Handelsvertrag die Sowjets im vorigen Jahr die Bestätigung verweigerten, für Anwendung der schärfsten Mittel ist. Ebenso besteht in der deutschen Schwerindustrie eine stark sowjetfeindliche Strömung, die sich in einem Aufsatz Rechbergs in einer Berliner Zeitung besonders deutlich ausspricht. Rechberg greift den Vertrag von Rapallo an und wendet sich gegen jeden weiteren Abschluß von Verträgen. Er glaubt, daß Deutschland sich durch die Anknüpfung von Beziehungen zu Rußland politisch sehr geschadet hat.

Im „Berliner Tageblatt" erschien ein Aufsatz des früheren Ministers Schiffer, in dem dieser eine Beteiligung der französischen Industrie an der deutschen befürwortet, allerdings die Gefahren, die ein solcher Schritt für Deutschland birgt, betont. Vor allem ist es höchst zweifelhaft, wie die deutschen Arbeiter diese Verschmelzung aufnehmen würden. Die Franzosen würden wahrscheinlich ihren Einfluß häufig in einer Richtung geltend machen, die der deutschen Arbeiterschaft nicht angenehm wäre. Die Bergleute würden sich vom vereinigten französischen und deutschen Kapital verraten vorkommen und mit Streik und Widerstand antworten, womöglich insgesamt den Schritt zum Kommunismus tun, dem schon heute ein erheblicher Teil angehört. Auch anläßlich des Angebotes der deutschen Industrie haben die Gewerkschaften heftigen Protest erhoben wegen der Forderungen, die die Industriellen an die Regierung als Voraussetzung ihrer Garantie stellen. So befindet sich die deutsche Regierung in einer schwierigen Lage, sie kann unter Umständen vor die Wahl gestellt werden: Wirtschaftsführer oder Arbeiterschaft!

**Während also in Deutschland und Westeuropa ebenso wie im Verhältnis Englands zu Rußland gegenwärtig alles voll ungelöster Spannung ist, ist im Balkan und Orient während der vergangenen Woche eine große Entspannung eingetreten, die den Frieden zu sichern scheint.** Griechenland hat es durchgesetzt, daß ihm jegliche Entschädigungszahlung an die Türkei erlassen wird gegen Abtretung von Karagatsch an der Maritza gegenüber Adrianopel. Der griechisch-türkische Friede ist somit gesichert, und in Lausanne gehen jetzt die Verhandlungen nur noch um die finanziellen Forderungen, die Frankreich nach Shylockart bis zum äußersten gegenüber der verarmten und verwüsteten Türkei vertritt.

# Die Stellung der deutschen Fraktion zur Programmrede des Ministerpräsidenten

brachte der Abg. Utta in folgender Rede zum Ausdruck:

Bevor ich zur Begründung unserer Stellungnahme zu dem Exposé des Herrn Ministerpräsidenten übergehe, will ich

**Herrn Abg. Stroński**

die Antwort auf die unserem Klub gestellten Fragen und gemachten Vorwürfe nicht schuldig bleiben. Herr Abg. Stroński stellte uns die Fragen, was uns bei den Wahlen mit den Weißrussen und Ukrainern vereinigen konnte. Auf diese Frage will ich vor allen Dingen auch mit einer Frage antworten: Was einigt eigentlich heute den Abg. Stroński mit der Piastengruppe? Vor allen Dingen verbindet sie das Bestreben, die völkischen Minderheiten in ihren Rechten zu beschränken, uns dagegen verbindet der Entschluß, diesen Versuchen einen ganz energischen Widerstand entgegenzustellen und mit aller Entschiedenheit unsere Gleichberechtigung zu verteidigen. Darum, meine Herren, wenn bei den Wahlen der

**Minderheitenblock**

entstanden ist, so nur aus dem Grunde, weil Sie sich nach den Grundsätzen der Konstitution nicht richten, sondern uns in unseren Rechten beschränken wollten. Auf diese Versuche waren wir gezwungen, mit der Bildung des Minderheitenblocks zu antworten. Wenn Herr Stroński von dieser Tribüne uns den Vorwurf zu machen sich erlaubt, daß unsere Klubs zur Wiederentstehung des polnischen Staates nicht beigetragen haben, so muß man sagen, daß dieser Vorwurf so kindisch und naiv ist, daß wir es für überflüssig finden, überhaupt darauf zu antworten. Übrigens hat der Abg. Taraszkiewicz schon darauf eine Antwort gegeben. Was den Vorwurf der Illoyalität anbelangt, so will ich darauf hinweisen, daß dies eines der erprobten Mittel ist, welches die Rechte bei den Wahlen und bei der Bekämpfung der Regierung Sikorskis angewandt hat. Man beschimpfte und verdächtigte alle Parteien, die die Regierung Sikorski unterstützt haben. Wenn es dem Abg. Stroński um die Wahrheit geht, so würde ich ihm empfehlen, einen Blick in die Geschichte Polens noch vor seiner Verteilung zu tun. Die Deutschen in Polen sind kein neues Element, sie waren immer ein nützlicher und aufbauender Faktor. Die Geschichte der Entwicklung des Ackerbaues, des Handwerks und der Industrie legt das beste Zeugnis ab von der nützlichen Tätigkeit der Deutschen in Polen. Wir glaubten, daß, nachdem

**der polnische Staat**

wieder aufgerichtet wurde und wir alle uns in seinen Grenzen gefunden haben, es unsere erste Pflicht war, unter die Vergangenheit einen Strich zu machen, alles Gewesene zu vergessen und uns zur friedlichen gemeinsamen Arbeit am Wiederaufbau des Staates die Hände zu reichen. Zu diesem Zweck sind wir auch in diesen Sejm gekommen, um unser ganzes Wissen, Erfahrung und Arbeit diesem Ziele zu widmen. Unser erster Schritt war die Abgabe der Stimme

**für den Ministerpräsidenten Narutowicz.**

Als Antwort darauf von der Seite der Rechten war der schreckliche Mord an dem unschuldigen Menschen, weil er das Mandat von der Mehrheit des Sejm angenommen hat, an der auch wir uns beteiligt haben. Wenn es Herrn Stroński daran liegt, daß der Antagonismus, Chauvinismus und der Haß unter den einzelnen nationalen Gruppen im Staate weitergesät wird, so möge er diese Politik weiter betreiben. Früher oder später wird doch der vernünftige Teil der polnischen Gesellschaft, der uns schon seit langem kennt, über diese Verleumdungen entsprechend zur Tagesordnung übergehen und alle diese Verleumdungen entsprechend beurteilen. Von unserer Seite hat es am guten Willen zur gemeinsamen Mitarbeit nie gefehlt. Jede Regierung, die unsere berechtigten Wünsche anerkennen, Ruhe, Ordnung und vor allen Dingen geordnete Rechtsverhältnisse im Lande einführen wird, kann auf unsere Unterstützung rechnen. Als der

**Herr Ministerpräsident Witos**

vor diesem hohen Hause sein Exposé vorgetragen hatte, erwähnte er, daß die Regierung keine Absicht habe, chauvinistische Politik den Minderheiten gegenüber zu betreiben. Wir mußten diese Erklärung mit einem großen Vorbehalt entgegennehmen, weil zu uns von dem Pakt der beiden Regierungsgruppen ganz andere Nachrichten durchgedrungen sind. Wir haben erfahren, daß diese polnische Mehrheit zu ganz anderen Zielen geschaffen wurde. Hier hat, glauben wir, der Herr Ministerpräsident den

**Rat des Abg. Korfanty**

befolgt: Weniger reden, mehr tun. Und nun bei der heutigen Diskussion haben wir uns überzeugen können, daß die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten im krassen Widerspruch zu dem wirklichen Programm der Regierung sich befindet. Wir haben uns überzeugen können, daß gleich in einem der ersten Punkte dieses Programms das Bestreben vorliegt, jeglichen Einfluß der Minderheiten auf die Gesetzgebung im polnischen Staate, auf die Regierung und die Selbstverwaltung, vollständig auszuschalten. Dieses Bestreben ist fast der vollen Entrechtung der Minderheiten gleich. Wenn der Herr Abg. Stroński zwischen dem Rechtsstand und dem politischen Einfluß einen Unterschied macht, so sind es nur leere Phrasen: Entweder ist in Polen Gleichberechtigung oder es ist keine, entweder es sind alle Bürger gleich oder es gibt Bürger erster und zweiter Klasse, was die Konstitution allerdings vollständig ausschließt.

**Die Regierung scheint zum Kampf entschlossen.**

Auf Grund der Nachrichten der Presse und der hier abgegebenen Erklärungen der Vertreter der die Regierung bildenden Parteien müssen wir feststellen, daß die jetzige Regierung zum Kampf mit den Minderheiten, zum Sturz der bestehenden Ordnung und grundsätzlichen Änderung der Unterlagen, auf denen der polnische Staat aufgebaut und die in der Konstitution vom 7. März 1921 festgelegt wurden, gegründet wurde. Es ist daher verständlich, daß wir beim besten Willen in keinem Fall zu der jetzigen Regierung Vertrauen hegen können, wenn sie das in Wirklichkeit ausführen wird, was hier, mit einigen Vorbehalten, einige Abgeordnete behauptet haben. Wenn aber die Regierung schließlich zu der Erkenntnis käme, daß es weiterhin im polnischen Staate so, wie es gegenwärtig ist, nicht weiter gehen kann und daß das Verhältnis zu den völkischen Minderheiten ordnungsmäßig geregelt werden müßte und fall die Regierung diesen Weg zu gehen beabsichtigt zur Erhaltung des Rechtszustandes in Polen, so kann ich für diesen Fall im Namen unseres Klubs gewisse Grundsätze, welche notwendige Lebensbedingungen nicht nur der deutschen Minderheit, sondern unserer Meinung nach Lebensnotwendigkeiten des Staates sind, angeben. Zu den ersten dieser Angelegenheiten gehört die

**Regelung der Staatsangehörigkeit**

in den Ost- und Westgebieten. Bis zum heutigen Tage wissen Hunderte von unseren Volksgenossen nicht, ob sie das polnische Staatsbürgerrecht besitzen oder nicht. Der Mangel an deutlichen und bestimmten Vorschriften in dieser Angelegenheit, die verschiedenen Interpretationen der interalliierten Verträge gibt den Wojewoden und Starosten der östlichen und westlichen Wojewodschaften die Gelegenheit, zur willkürlichen Ausweisung von Personen aus den Grenzen des Staates, denen das polnische Staatsbürgerrecht zusteht, oder es erwächst diesen Personen ein großer materieller Schaden; dies führte ganze Familien ins Elend und zur Verzweiflung. Wir beklagen es tief, daß die

**Verhandlungen zwischen Polen und dem Deutschen Reiche**

in dieser Angelegenheit, welche in Dresden geführt wurden und auf welche sich die frühere Regierung oft berufen hat und viele Hoffnungen erweckte, zu keinem Resultat geführt haben. Der Zustand in den Wojewodschaften der Grenzgebiete, welcher es unter irgend welchen Vorwänden zuläßt, polnische Bürger ihres Eigentums zu berauben und ihre Existenz zu vernichten, kann in einem Rechtsstaat nicht geduldet werden. Die zweite sehr wichtige Frage ist

**die Regelung unserer Schulverhältnisse**

Es sind mehrmals uns Gesetze in Aussicht gestellt, welche unser Schulwesen regeln sollten, auch hat die Schulkommission die Regierung zur Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfs aufgefordert, die bisher aber nicht ausgearbeitet sind. Das Unterrichtsministerium bereitete auch sogar einen Lehr- und Stundenplan für unsere Schulen vor. Die Schulinspektoren regieren selbstherrlich ohne Recht und Gesetz, entreißen den Schulen das Schulland und die Schulgebäude, welche die deutschen Kolonisten unter großen Schwierigkeiten gekauft und ausgebaut haben. (Zwischenruf: Für polnisches Geld! — zweiter Ruf: Haben sie die Häuser auf dem Rücken hergebracht?) Und wenn ich daran erinnere, daß man 12 evangelische Geistliche ohne jeden Grund ausgewiesen hat (Unruhe auf der Rechten), so muß jeder verstehen, daß das eine ungesetzliche und zum Nachdenken auffordernde Angelegenheit ist, wenn man Tausende von gläubigen Personen ihrer Seelsorger beraubt und sie auf diese unerhörte Weise behandelt. Die von dem Herrn Ministerpräsidenten berührte

**Frage der Vereine und Gesellschaften**

erweckt in uns auch sehr bedeutende Bedenken. Wir stehen auf dem Standpunkte der Regierung, daß keine ungesetzliche Gesellschaft, die schädliche Tätigkeit dem Verein nur deshalb zugeschrieben wird, weil diese Institution diesem oder jenem Herrn nicht gefällt, wenn diese Vereine, die rechtmäßig bestehen und auf Grund des § 109 der Konstitution gewährleistet sind, geschlossen werden, so müssen wir aufs energischste dagegen protestieren. Gleich große Bedenken erweckt in uns der Hinweis des Herrn Ministerpräsidenten

**auf die Agrarreform.**

Wir befürchten, daß in den projektieren Gesetzen eine Politik der Wiedervergeltung und der Rache gegenüber polnischen friedliebenden Bürgern geführt werden soll als Vergeltung für die Politik der Randstaaten. Wir hoffen, daß der hohe Sejm nicht zulassen wird, daß im polnischen Staate solch ein Unrecht unschuldigen Personen zugefügt werden wird. Was die Freiheit der Presse anbetrift, so bleibt ebenso sehr viel zu wünschen übrig. Für ganz harmlose Artikel zieht man die Redakteure zur gerichtlichen Verantwortung und belegt sie mit ganz unerhörten Strafen.

Meine Ausführungen zusammenfassend und mit Rücksicht auf die gegenwärtige Taktik der Parteien, welche die Regierung aufgestellt haben, **muß ich erklären, daß wir zu der gegenwärtigen Regierung nicht das geringste Vertrauen haben können.**

*

## Die Neuorganisation der Piastenpartei.

Zum neuen Vorsitzenden der Piastenpartei wurde der Abg. Dębski mit 40 Stimmen gewählt. 10 Stimmen wurden für den Abg. Bryl abgegeben.

## Das Budget des Innenministeriums.

Nach dem Budget für 1923 sind die Ausgaben des Innenministeriums auf 113 007 Tausend Zloty veranschlagt worden. Das macht ungefähr 5 v. H. der Gesamtausgaben aus. Als Einnahmen des Innenministeriums sind 20 382 Tausend Zloty vorgesehen, d. h. ungefähr 1,3 v. H. aller Budgeteinnahmen. Die Haltung der Zentralverwaltung des Innenministeriums soll (nach Umrechnung in Mark nach den Januarpreisen) 6 955 507 Tausend Mark, die Staatspolizei 235 254 497 Tausend Mark, die Grenzwehr 78 959 850 Tausend Mark, das Minderheitenamt 42 673 Tausend Mark kosten. Der Polizeietat für 1923 sieht 1003 höhere und 36 186 untere Funktionäre vor.

# Oberschlesien.

## Gewalttätiges Vorgehen gegen eine Minderheitsschule.

Die „Kattowitzer Ztg." berichtet in ihrer Sonntagsnummer:

Vor etwa 5—6 Wochen hat, wie in vielen anderen Orten, auch in Hubertushütte eine Versammlung stattgefunden, in der gegen die deutsche Schule gehetzt wurde. Es wurden einer ganzen Reihe von Personen, die ihre Kinder für die Minderheitsschule angemeldet hatten, Formulare zur Rücknahme ihrer Anträge zugeschickt. Es wurden daraufhin auch etwa 30 Anträge zurückgenommen, aber eine zweiklassige deutsche Schule bestand weiter.

Am 30. Mai versammelten sich nun eine größere Menge von Männern und Frauen früh an der Schule, die die deutschen Kinder, teilweise unter Schlägen zurückjagten oder in die polnische Klasse stießen. Auch einige von den Eltern der deutschen Kinder, die auf den Lärm herbeieilten, wurden geschlagen und es wurde ihnen gesagt, wenn sie die Kinder nicht in den polnischen Unterricht schicken würden, würden sie hohe Strafen bekommen und sofort aus Hubertushütte raus müssen. Die deutschen Klassen wurden von den Frauen geschlossen und die Schlüssel fortgenommen.

Gegen die Haupträdelsführer, deren Namen festgestellt werden konnten, ist bei der Staatsanwaltschaft Anzeige wegen Landfriedensbruchs erstattet worden. Polizei liegt in Hubertushütte leider nicht.

## Wechsel im Minderheitsamt in Kattowitz.

Wie die P. A. T. meldet, wird amtlich mitgeteilt: Der Innenminister hat im Einvernehmen mit dem Minister des Äußeren die Leitung des Minderheitsamtes in Kattowitz dem Generalüberleitungskommissar Viktor Hinze übertragen und ihm das Amt des Vertreters Polens beim Schiedsgericht für Verkehrskarten in Kattowitz anvertraut. Der Chef des Minderheitsamtes Dr. Jan Tokarz übernimmt das Amt des Vorsitzenden des Bezirksgerichts in Teschen.

# In Erwartung des deutschen Angebotes.

Die Erklärung der deutschen Industrie zur Reparationsfrage hat im Auslande die Beachtung gefunden, die ihr zukommt. Auffällig ist die Tonart, die der „Temps" ihr gegenüber anschlägt. Er behandelt sie nämlich nicht, wie bei ihm eigentlich zu erwarten war, als ein deutsches „Manöver", das keine Beachtung verdiene, sondern er scheint sie als eine für weitere Verhandlungen geeignete Grundlage betrachten zu wollen. Ob hier mehr vorliegt, als eine private Stilübung eines Redakteurs, von der man morgen schon nichts mehr weiß, dürfte sich bald herausstellen. Auch die „Times" nehmen erneut zur Reparationsfrage Stellung und kommen hierbei auf den Vorschlag zurück, die Entscheidung der ganzen Frage einem „Weltgericht" zu überweisen. Den französischen Wiederaufbau-Wucherern gegenüber macht sie die sarkastische Bemerkung, daß Frankreich die Kosten für den Wiederaufbau um mehr als das Doppelte überschätzt habe. Jedenfalls sieht man der zweiten deutschen Note allenthalben mit größtem Interesse entgegen. Aber so schnell, wie man noch bis vor kurzem angenommen hatte, dürfte sie nicht erfolgen, und zwar aus Rücksicht auf die sehr gespannte und undurchsichtige internationale Lage.

Während man sonst in England allgemein sehr zurückhaltend ist, meldet der Pariser Korrespondent der „Times", daß in Frankreich eine etwas bessere Atmosphäre herrsche, als vor dem ersten deutschen Angebot. Damals habe jeder bereits einige Tage vor Bekanntwerden der deutschen Note voraussagen können, daß ihre Ablehnung gewiß sei. Das sei heute nicht der Fall. Er wolle zwar keine falschen Hoffnungen erwecken, aber es sei Wahnsinn, zu behaupten, daß jeder deutsche Versuch unnütz sei; ganz so sehr ungünstig wie das vorige Mal sei die Lage heute nicht.

## Die deutsche Note wieder an alle gerichtet.

Nach einer Londoner Meldung, die wir vorgestern nach der Wiener „Neuen Freien Presse" brachten, soll die Reichsregierung beabsichtigen, ihre neue Note nur an die Regierungen Englands, Italiens und Japans zu richten, während der Inhalt der neuen Vorschläge den anderen Regierungen, insbesondere Frankreichs, Belgiens und der Vereinigten Staaten nur mündlich erläutert werden solle. Wie wir aus der „Dt. Allg. Ztg." erfahren, sind diese Meldungen unzutreffend. Die deutsche Regierung hat niemals beabsichtigt, die Note nur einigen alliierten Mächten zur Kenntnis zu bringen.

Die deutsche Note wird, wie man erwartet, spätestens am Mittwoch allen beteiligten Mächten überreicht werden. In der Garantiefrage, wie auch bezüglich der Zahlungssumme, ist bereits Übereinstimmung zwischen der deutschen Regierung und den Parteien erzielt.

# Eine Denkschrift der Gewerkschaften an den Reichskanzler.

Der Allg. deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine deutsche Beamtenbund und der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände (Hirsch-Duncker) haben eine Denkschrift an den Reichskanzler gerichtet, in der sie anerkennen, daß die Stellungnahme des Reichsverbandes der deutschen Industrie zur Frage der Heranziehung der industriellen Wirtschaft als Garantie für den Anleihedienst die grundsätzliche Zustimmung zum Gedanken der Sachwerterfassung bringt. Diese Zustimmung werde aber, so führt das Schreiben aus, durch die daran geknüpften außenpolitischen und innerpolitischen Voraussetzungen nahezu wirkungslos.

**Die Industrie versuche mit dem Staate als unabhängige Macht zu verhandeln und stelle Forderungen, wo es gelte, die Bürgerpflichten gegen den Staat zu erfüllen.**

Die Haltung der Industrie lasse den Schluß zu, daß sie das Gesamtproblem der Reparationen über den Staat hinweg von Industrie zu Industrie lösen wolle. Die Sachwerterfassung könne nur auf dem Wege der gesetzlichen Regelung ermöglicht werden, bei dessen Beschreitung auf die uneingeschränkte Unterstützung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gerechnet werden könne.

Unmöglich aber sei es ihr, über die Preisgabe des Achtstundentages und andere in dieser Richtung erhobene Forderungen des Reichsverbandes zu verhandeln.

Eine Privatisierung der Reichs- und Staatsbetriebe hält die Denkschrift für ausgeschlossen. Selbst eine Verwirklichung dieses Verlangens dürfte die Erzielung der von der Industrie angenommenen Erträgnisse der Reichs- und Staatsbetriebe für absehbare Zeit nicht möglich machen. Andererseits werde in dem Schreiben des Reichsverbandes der Wille zur ausreichenden Steuerleistung vermißt, obwohl Industrie, Handel und Landwirtschaft infolge der Geldentwertung nach wie vor nur geringe Bruchteile der vom Gesetzgeber beabsichtigten Steuerleistung aufbringen. Das Schreiben erklärt schließlich, daß die Spitzengewerkschaften von Regierung und Reichstag eine Verteilung der Reparationslasten erwarten, die vor allem die großen fundierten und unfundierten Vermögen zur Deckung heranzieht.

## Die Kritik der Gewerkschaften an der Industrie.

Die Denkschrift der deutschen Gewerkschaften ist von einer Anlage begleitet, die im einzelnen an den Vorschlägen des Reichsverbandes der deutschen Industrie Kritik übt. Der Reichsverband will den Privatbesitz nur in vorübergehender Verpfändung und nur insoweit verpflichtet sein lassen, als er in unbeweglichen Vermögen verkörpert ist. Es fehlt aber jede Berechtigung, das bewegliche Vermögen auszuschließen.

Es fällt auf, daß nach Meinung des Reichsverbandes aus den staatlichen Pfandobjekten, sofern sie nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen ertragsfähig werden, in absehbarer Zeit jährlich etwa 600 Goldmillionen, vielleicht eine Milliarde und mehr herausgewirtschaftet werden können, während die gesamte deutsche Wirtschaft nur eine Höchstsumme bis zu 500 Goldmillionen aufbringen könne. Als Staatsbetriebe kommen in erster Linie Eisenbahn, Post, Forsten und Bergwerke in Betracht. Aus den Staatsforsten wird nur ein kleiner Teil der geschätzten 600 Goldmillionen aufzubringen sein. Das gleiche gilt für den Staatsbergbau. Wenn Eisenbahn und Post in der Hauptsache den angegebenen Betrag erzielen sollen, ist es geradezu unverständlich, daß die Leistungsfähigkeit der ganzen deutschen Wirtschaft auf höchstens 500 Goldmillionen geschätzt wird. Nach den Schätzungen des Volksvermögens vor dem Kriege war das Verhältnis des staatlichen zu dem privaten Vermögen etwa 1:7. Dennoch mutet der Reichsverband den Staatsbetrieben die Aufbringung eines doppelt so hohen Betrages zu, als dem weit größeren Privatvermögen. Es ist irreführend, wenn der Reichsverband den Kapitalwert der von der deutschen Privatindustrie zu garantierenden Jahresleistung auf mehr als die Hälfte seines gegenwärtigen Verkaufswertes schätzt. Danach würde der Wert der gesamten deutschen Wirtschaft nur auf rund 20 Goldmilliarden anzunehmen sein. Diese Schätzung ist unzulänglich. Die grundsätzliche Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und -verteilung ist unmöglich und widerspricht der eigenen Forderung des Reichsverbandes, die Staatsbetriebe in erster Linie für die Haftung des Reiches heranzuziehen. Die Alleinhaft des Staates für Reparationsverpflichtungen erfordert einen Ausbau und eine Leistungssteigerung der Reichsbetriebe im Wettbewerb mit der privaten Wirtschaft.

Die Forderung nach einer Beschränkung der Staatsgewalt auf das Schiedsrichteramt in wirtschaftlichen Streitigkeiten enthält einen bedauerlichen Mangel an sozialer Einsicht gegenüber den unter den Nachwirkungen des Krieges leidenden arbeitenden Volksklassen, daß es schwer fällt, diesen Rückfall in das krasseste Manchestertum sachlich zu charakterisieren. Die Geldentwertung hat erhebliche Teile der Steuergesetzgebung fast bedeutungslos werden lassen. Eine Hebung der Steuermoral setzt voraus den Verzicht der Industrie und der übrigen Wirtschaftskreise, noch länger Nutznießer der Geldentwertung zu sein.

Der Reichsverband verlangt eine Steigerung der allgemeinen Arbeitsleistung. Diese Forderung bedeutet nicht nur die volle Arbeitspflicht aller Beschäftigten, sondern auch die Anerkennung des Rechts auf volle Beschäftigung. Die Entlassung der Arbeitnehmer, die teilweisen und periodischen Betriebseinschränkungen und Stillegungen wirken der Steigerung der Produktion entgegen und erschweren deren qualitative Hebung. Der Hinweis auf die Vorarbeiten des Reichswirtschaftsrates besagt, daß die Unternehmer auf die lange Freiliste gesetzlicher Ausnahmen vom Achtstundentag in den vorliegenden Arbeitszeitgesetzentwürfen nicht zu verzichten gedenken. Erwägt man diese Forderungen im Zusammenhange, so besagen sie nichts anderes als: Staatlicher Zwang auf die Arbeitnehmer zur völligen Einsetzung der Arbeitskraft für quantitative und qualitative Hebung der Produktion durch gesetzliche Verpflichtung zu mehr als achtstündiger Tagesarbeit, unterstützt durch unbeschränktes Entlassungsrecht der Arbeitgeber.

**Es bedeutet ferner die Abwälzung des dem Besitz aufzuerlegenden Teiles der Reparationslasten auf die Arbeitnehmer, die dann durch Mehrarbeit und Hunger die Verzinsung der dem Ausland geschuldeten Milliarden aufzubringen hätten.**

Mit dem Versuch der Durchführung solcher Forderungen müßten unabsehbare soziale und wirtschaftliche Kämpfe entstehen. Denn die Gewerkschaften könnten eine solche Entrechtung der Arbeitnehmer niemals dulden. Die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten ist schon heute beträchtlich unter den früheren Lebensstand gesunken und bewegt sich an der Grenze der nackten Existenzfristung. Dieser Zustand ist untragbar aus inner- und außenpolitischen Gründen. Auch das Ausland kann es auf die Dauer nicht ertragen, daß im Herzen Europas ein Sechzigmillionenvolk mit einer so tief stehenden Lebenshaltung seine Waren auf den Weltmarkt wirft. Die deutschen Arbeiter müssen wieder zu einer Lebenshaltung gelangen, die mindestens dem durchschnittlichen Stande in den Industrieländern Europas entspricht.

**Die Arbeitnehmer sind nicht gewillt, durch Beseitigung des Achtstundentages und noch weitere Herabdrückung ihrer Lebenslage die Reparationslasten zu tragen. Sie haben den Achtstundentag, ihn werden sie sich zu erhalten wissen.**

Zusammenfassend erklären wir, daß in dem Schreiben des Reichsverbandes die Grundlage für die Lösung des Gesamtproblems der Reparationen nicht gegeben ist. An einer gesunden Lösung des Reparationsproblems mitzuwirken, betrachten die unterzeichneten Gewerkschaften auch weiterhin als ihre Aufgabe.

### Der alte Bergarbeiterverband gegen die „Bedingungen".

Aus dem Ruhrbezirk wird gemeldet: Zu dem Angebot des Reichsverbandes der deutschen Industrie in der Reparationsfrage erklärte die gestern abend abgehaltene Revierkonferenz des Alten Bergarbeiterverbandes: Die Konferenz nimmt mit Staunen und Entrüstung Kenntnis von den Forderungen, welche der Reichsverband der deutschen Industrie als Bedingungen für seine in erstaunlich geringem Umfange angebotenen Garantien für die deutschen Reparationen bezeichnet. Die Forderungen bedeuten eine so starke Bedrohung dessen, was die Arbeiterschaft auf wirtschaftlich-sozialen Gebiete sich errungen hat; sie bedeuten damit eine so große Gefahr für eine vernünftige Entwicklung der Produktion, daß der Verband der Bergarbeiter Deutschlands sich zu der ernsten nachdrücklichen Erklärung genötigt sieht, daß er sich der Verwirklichung dieses Planes mit allen Mitteln widersetzen wird.

### Das Urteil des „Temps".

Nach der Behauptung des „Temps" befände sich die deutsche Regierung in einem furchtbaren Dilemma. Um den sozialen Frieden zu erhalten, müßte sie die Mark stabilisieren. Sie habe diesen Versuch gemacht, aber der anfängliche Erfolg sei nicht von Dauer gewesen. Jetzt sei die Regierung darauf angewiesen, die finanzielle Unterstützung der Großindustriellen, des Großkapitals und der Großgrundbesitzer anzunehmen, der einzigen Leute, bei denen in Deutschland noch Geld zu finden ist. Aber die Großindustrie stelle die bekannten Bedingungen, die selbst in der deutschen Presse Widerspruch fänden, und die überhaupt nicht erfüllt werden könnten, ohne daß die Regierung mit den Arbeitermassen in Konflikt geräte. Lehne die Regierung die Bedingungen der Großindustrie ab, dann gehe der finanzielle und wirtschaftliche Zusammenbruch weiter und wenn daraus auch keine neue Revolution entstehe, so würden die Folgen doch einer Revolution sehr ähnlich sein. Dies sind nach der Meinung des „Temps" die Folgen des „passiven Widerstandes". Ein Amerikaner der das Ruhrgebiet bereist hat, soll erklärt haben: „Wenn der passive Widerstand fortgesetzt wird, dann ist eine Trennung des Ruhrgebiets vom Reiche nicht unwahrscheinlich". Der „Temps" bedauert, daß Berlin diese Situation nicht begreifen will.

### Die „Deutsche Allgemeine Zeitung"

weist bei der Besprechung des Schreibens der Gewerkschaften darauf hin, daß dem Schreiben ein anderer Gesichtspunkt zugrunde liege als der, unter dem das Industrieangebot abgefaßt worden sei. Das Industriegutachten ist ein Produktivitätsprogramm, in dem gesagt wird, was und wie die Industrie leisten kann. Das Schreiben der Gewerkschaften äußert sich zu dem „wie" überhaupt nicht, sondern rückt steuerpolitische und sozialpolitische Fragen in den Vordergrund, ohne diese Forderungen in den Rahmen des Reparationsprogramms hineinzustellen. Auf diese Weise werde eine Verständigung über die zukünftigen Methoden der Wirtschaftspolitik zwischen Industrie und Arbeiterschaft nicht gelingen. Die Devisen zu Reparationszahlungen müssen durch den Export der Industrieproduktion geschaffen werden. Eine Ausnutzung der wirtschaftlichen Konjunktur ist nicht möglich, wenn schematisch an dem Achtstundentag festgehalten wird. „Das Gutachten des Reichsverbandes und das Schreiben der Gewerkschaften stehen sich, so schließt das Blatt, in einer Schroffheit gegenüber, die sachlich nicht gerechtfertigt ist. Das ist bedauerlich, aber man darf erwarten, daß die Besinnung auf die leitenden Gesichtspunkte zukünftiger Wirtschaftspolitik zu einem größeren Einvernehmen führt, als es bisher erreicht zu sein scheint. Um so mehr, als es sich nicht um Fragen der Willkür handelt, sondern um Notwendigkeiten, die von der Sache gefordert werden und denen beide Parteien sich schließlich beugen müssen."

### Das „Berliner Tageblatt"

beurteilt das Schreiben der Gewerkschaften folgendermaßen: Es erscheint durchaus begreiflich, daß die Gewerkschaften sich bei der Erörterung des Reparationsproblems nicht ausschalten lassen wollen. Man darf auch anerkennen, daß ein großer Teil ihrer Gegengründe gegenüber dem industriellen Angebot durchaus beachtenswert sind. Unter allen Umständen wird man sich dagegen wehren müssen, in dem Angebot der deutschen Industrie ein Ultimatum zu erblicken, das nur angenommen oder abgelehnt werden könnte. Vielleicht wäre es besser gewesen, wenn die Industrie schon vorher sich mit den Arbeiterorganisationen ins Einvernehmen gesetzt hätte. Jedenfalls wird es notwendig sein, diese Unstimmigkeit noch jetzt zu beseitigen, damit ein Angebot zustande gebracht wird, das dem Auslande eine geschlossene Front der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in dieser deutschen Schicksalsfrage zeigt.

## Lord Cecil für Zusammengehen von England und Amerika.

Wie „New York Herald" aus London berichtet, trat Lord Robert Cecil in seiner ersten öffentlichen Rede als Mitglied des Baldwin-Kabinetts für eine Zusammenarbeit Amerikas und Englands ein und erklärte, er wünsche, daß die amerikanische Nation, ehe es zu spät sei, in den Völkerbund einträte. Die englisch-amerikanische Freundschaft und Zusammenarbeit zähle zu den wichtigsten Dingen der Welt.

### Regierungsverbreiterung in England?

In einer Rede, die Asquith in Burton gehalten hat, erklärte er, daß das Ministerium Baldwin noch nicht völlig gebildet sei und es möglich wäre, daß in dasselbe unerwartete Elemente demnächst eintreten würden. Der Meinung des Redners zufolge handelt es sich offenbar um Mitglieder der liberalen unabhängigen Partei. Asquith erklärte ferner über die Beziehungen der britischen Regierung zu Rußland: Er freue sich, daß die Beseitigung der Schwierigkeiten mit Rußland durch Konferenzen und Erörterungen bevorstehe. Asquith erklärte weiter, eine wirkliche oder dauernde Regelung des Problems der Reparationen könne durch einen unparteiischen internationalen Schiedsspruch zustande kommen.

## Nachgeben Englands in der Saarfrage.

Wenn eine heute veröffentlichte Londoner Information des „Petit Parisien" richtig ist, so wurde zwischen Paris und London eine Einigung über die Saarfrage erzielt. Danach soll die berüchtigte französische Saarverordnung abgeändert werden, worauf die englische Regierung ihren Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission zurückziehen werde. Der französische Botschafter habe gestern abend Lord Curzon die Gründe auseinandergesetzt, die die französische Regierung verhinderten, dem englischen Vorschlag, vom Völkerbundsrat eine Untersuchungskommission ernennen zu lassen, ihre Zustimmung zu geben, und habe mit ihm die Abänderungen besprochen, denen die „Not"-Verordnung unterzogen werden könnte. Aus diesem Meinungsaustausch gehe hervor, daß ernstliche Schwierigkeiten einer Verständigung nicht entgegenständen. Man könne erwarten, daß die englische Regierung ihren Vorschlag zurückziehen werde. — Das wäre also ein neuer Fall von einem Umfall der englisen Regierung unter dem Eindruck französischer Drohungen. Was sagt dazu Lord Cecil? Die Schriftl.

### Poincaré verlangt ungehinderte Ausbeutung.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, Poincarés Antwort auf die letzte britische Note, in der die Ernennung einer Untersuchungskommission für die Saarverwaltung auf der nächsten Zusammenkunft des Völkerbundsrats vorgeschlagen wird, nehme, wie verlaute, den Charakter einer „legalen Verneinung" an. Sie zeige, daß der französische Ministerpräsident, indem er sich auf den juristischen Standpunkt stelle, und sich auf die besondere Klausel in dem das Saargebiet betreffenden Teil des Versailler Vertrags berufe, dem Völkerbundsrat die Befugnis abspreche, einen derartigen Schritt, wie er von der britischen Regierung vorgeschlagen werde, zu unternehmen. Außerdem scheine Poincaré zum Ausdruck zu bringen, daß nach Artikel 46 des Versailler Vertrages, der Frankreich vollständige Freiheit bei der Ausbeutung der Bergwerke verbürge, alle Bestrebungen, diese Bürgschaften unwirksam zu machen, durch die Verwaltungskörperschaft verhindert oder unterdrückt werden müßten. — Das heißt klar ausgedrückt: Poincaré stellt die Ausbeutung des Saargebietes zugunsten Frankreichs höher als Freiheit und Menschenrechte der Bewohner. Die Schriftl.

### Attentate gegen drei französische Abgeordnete.

In Paris wurden die sozialistischen Abgeordneten Moutet und Marc-Sanguier, sowie der frühere radikale Abg. Violette, als sie sich zu einer Versammlung der Liga für Menschenrechte begeben wollten, von einer Gruppe von etwa zwölf jungen Leuten in den Straßenschmutz geworfen, mit Pech beschmiert, mit Tinte und Terpentin begossen und mit Knüppeln geschlagen. Marc-Sanguier ging, nachdem er sich gereinigt hatte, in Begleitung einer Anzahl von Freunden doch noch in die Versammlung. Die Polizei konnte nur drei der Attentäter verhaften, nämlich einen Studenten der Medizin, einen berufslosen Jüngling und einen eleganten Baron.

### Der deutsche Kommunist Höllein

bleibt in Paris weiter in Haft. Eine Interpellation über diesen Fall wurde in der Kammer mit großer Stimmenmehrheit abgelehnt.

## Raub großer Warenbestände aus deutschen Werken.

Die Rheinischen Stahlwerke wurden nach dem Einmarsch ins Ruhrgebiet von einer französischen Ingenieurkommission besetzt, und kein Deutscher durfte das Werk mehr betreten. Innerhalb von vier Wochen wurden sämtliche Bestände des Werkes an Blechen, Schlüsseln, Blöcken, Platin, Band- und Walzeisen, Kohle und Schrott abgefahren. Ferner wurde das Werk dermaßen verwüstet, daß ein weiterer großer Schaden entstand. Der „Petit Parisien" berichtet ausführlich über den Raub der Farbstoffe in den Werken Biebrich, Höchst und Ludwigshafen. Es handele sich um insgesamt 28 000 Fässer mit wertvollen Farbstoffen in einem Gesamtwerte von rund 200 Millionen Franken, die innerhalb von 14 Tagen beschlagnahmt worden seien. In den Rangierbahnhof des Werkes Oppau der Badischen Anilin- und Sodafabrik ließen die Eindringlinge gestern eine Anzahl leerer Güterzüge einlaufen. Außerdem versuchten sie, deutsche Arbeiter anzuwerben. Diese Vorbereitungen lassen die Absicht vermuten, die im Werke Oppau lagernden Stickstoffvorräte ebenfalls abzutransportieren.

### Wegnahme von Geld.

In Mettmann wurde ein Beutezug von den Franzosen unternommen, um eine über die Stadt verhängte Buße von 30 Millionen gewaltsam einzutreiben. In der Reichsbank wurden 77 Millionen, in der Stadt- und Steuerkasse, Sparkasse und Post weitere Summen, im ganzen etwa 90 Millionen, geraubt. Der Stadt Duisburg wurde wegen Zerstörung von Eisenbahn- und Telegraphenlinien eine neue Kontribution von 100 Millionen auferlegt. In Düsseldorf wurde ein Kaufmann nachts von einem Soldaten angehalten und zum Vorzeigen des Passes aufgefordert. Als er die Brieftasche zog, wurde sie ihm von dem Soldaten entrissen, der dann unerkannt entfloh. In der Brieftasche befanden sich Geschäftspapiere und 70 000 M.

### Die Ausweisungen

gehen Tag für Tag fort. In besonders rücksichtsloser Weise wurden am 29. Mai 12 Eisenbahner im Bezirk Trier von der Straße weg verhaftet und mit vorgehaltenen Revolvern gezwungen, zu folgen. Sie wurden zum Abtransport in einen Zug gebracht und kamen, so wie sie waren, ohne Bluse und Rock, in Arbeitskitteln, zum Teil ohne Kragen und Hut in Gießen im unbesetzten Gebiet an.

### Ablösung Degouttes?

Gegen Degoutte soll in gewissen französischen Kreisen ein scharfer Widerstand bestehen. Man spricht von der Absicht, den General Fayolles als Generalinspekteur ins besetzte Gebiet zu senden. Außerdem nennt man auch den Namen des Generals Mangin als Nachfolger Degouttes.

### Der päpstliche Abgesandte wieder im Ruhrgebiet.

Monsignore Testa ist am 1. Juni abends aus Rom wieder in das Ruhrgebiet zurückgekehrt. Unmittelbar vorher wurde er noch in Abschiedsaudienz beim Papste empfangen.

## Ein Balkanbund?

### Griechenland will der Kleinen Entente beitreten.

Nach einer Meldung des „Petit Parisien" reist der griechische Außenminister Alexandris nach Bukarest und Belgrad ab, um dort mit den rumänischen und serbischen Staatsmännern über einen Eintritt Griechenlands in die Kleine Entente zu sprechen. Ferner verlautet hier, daß die Bildung eines neuen Balkanbundes bevorstehe, in den auch Bulgarien eintreten werde.

### Die Türken geben Castellorizza auf.

Aus Lausanne wird gemeldet, daß die privaten Besprechungen zwischen Ismet Pascha und dem italienischen Vertreter Manague zu dem Resultat geführt haben, daß die türkische Abordnung bedingungslos alle Ansprüche auf die Insel Castellorizza aufgegeben habe. Die Türken erkennen jetzt die italienische Autorität über diese Insel vollkommen an, deren Rückerstattung an die Angora-Regierung sie von Anfang der Lausanner Besprechungen an verlangt hatten.

### Die Engländer verlassen die Dardanellen.

Nach Pressemeldungen aus Konstantinopel treffen die Engländer bereits Vorkehrungen, um die Dardanellen zu verlassen.

## Deutsches Reich.

** **In Breslau** zogen mehrere tausend Arbeitslose demonstrierend vor das Rathaus, doch kam es nicht zu Ausschreitungen, sondern die Demonstranten zogen, nachdem sie ihre Forderungen mitgeteilt hatten, in geschlossenem Zuge wieder ab.

** **In Bautzen** kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen demonstrierenden Arbeitslosen und der Polizei. Diese mußte von der Waffe Gebrauch machen. Auf seiten der Demonstranten gab es am 1. Juni zwei Tote und einige Verletzte, auch einige Polizeibeamten sind verletzt. Die Getöteten sollen Leute gewesen sein, die den Demonstrationen nur zusahen, nämlich ein Kaufmann Reymann und eine Frau Hettasch.

** **Verhaftung der Verräter Schlageters.** Wie die „Dt. Allg. Ztg." hört, sind die beiden Denunzianten, denen Schlageter zum Opfer gefallen ist, inzwischen ermittelt und festgenommen worden. Nähere Einzelheiten können noch nicht mitgeteilt werden.

** **Der deutsche Botschafter in den Vereinigten Staaten Wiedfeldt** wird Anfang Juli in Deutschland erwartet. Es handelt sich zunächst um eine Urlaubsreise. Die Reichsregierung hat zu dem Wunsch der Firma Krupp, ihr Wiedfeldt wieder zur Verfügung zu stellen, noch nicht endgültig Stellung genommen.

** **Austritt der Sozialdemokraten aus dem Württemberger Kabinett.** Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Württemberg beschloß den Austritt der Partei aus der Regierung, weil sie wegen der Besetzung der Stellen des Justizministeriums und des Innenministeriums mit Zentrumsmännern unzufrieden ist. Durch den Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung wird der Posten des Arbeits- und Wohnungsministers frei.

## Aus aller Welt.

**Als Hauptaufgabe des neugeschaffenen tschechischen obersten Verteidigungsrates** wird die Schaffung einer Luftflotte und der ihr dienenden Industrie hervorgehoben. An den Gebirgsübergängen des Böhmerwaldes, des Riesengebirges und der Karpathen sollen Beobachtungstürme errichtet werden, um das Eindringen fremder Flugzeuge zu verhindern.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Handel und Wirtschaft: i. V.: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal: für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.



Am Sonnabend, dem 2. Juni, nachmittags 2½ Uhr entschlief sanft nach kurzem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

# Olga Siegmund

**geb. Milbradt,**

im 43. Lebensjahre.

Im tiefsten Schmerz

**Paul Siegmund, Fleischermeister.**

**Posen,** den 4. Juni 1923.
Wielkie Garbary 21.

Die Beerdigung findet Dienstag, den 5. d. Mts., nachmittags 4 Uhr von der Leichenhalle des Kreuzkirchfriedhofes am Schilling aus statt.



Nach langem mit Geduld ertragenem schweren Leiden verschied am 2. Juni meine herzensgute Frau, unsere liebe Tochter, Schwester und Cousine,

## Erna Ferdinand

geb. Haenisch,
im Alter von 42 Jahren.
Poznań, den 4. Juni 1923.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
**Emil Ferdinand.**

Die Überführung nach Września findet am Dienstag, nachmittag 2 Uhr von ul. Fr. Ratajczaka 11a, Posen aus statt. — Beisetzung in Września am 6. Juni nachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle aus.

Gelernter Landschafts-**Gärtner** übernimmt noch das **Zurechtmachen** von Schrebergärten, Villengärten, Parkanlagen.
Auch werden Gärten usw. in laufende oder zeitweise Pflege genommen.
**M. Kanikowski, Poznań,**
ul. Szamarzewskiego 13/15.
Gartenhaus I.

Bevor Sie Ihren Bedarf an

## Kalk
und
## Zement

anderweitig aufgeben, holen Sie im eigenen Interesse erst Angebot bei mir ein.

**Prima Qualitäten!**
**Konkurrenzlos niedrige Preise!**
**Prompt. Lieferung!**

**Willy Meisel**
**Baustoffgroßhdlg.**
**Opalenica. Teleph. 37.**

## Wassermühle
## zu pachten gesucht.

Offerten an
**Ziemiopłowy, Poznan,**
Plac Sapieżyński 2a, II.

## 2 Motorräder

**„Wanderer“**, 2 Zylinder, 4 PS., 3 Gänge, und **„Laurent Klement“**, 2 Zylinder, 4 PS., beide sehr gut erhalten, fahrbereit, sind billig **zu verkaufen.**
**Majętność Drzeczkowo, pow. Leszno**
Telephon: Osieczna 5.

Zirka ½ Ztr. **Bienenwachs**
**gegen Höchstgebot abzugeben.** [7432
Hauptlehrer **Hartmann,** Rychtal, pow. Kępinski.

Ausschneiden! Ausschneiden!

### Postbestellung.

An das Postamt
in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Juni 1923

Name ..........
Wohnort ..........
Postanstalt ..........
Straße ..........

## Treibriemen

Leder, Kamelhaar, Hanf
Sander & Brathuhn
Hanf- u. Draht-Seile
Poznań ul. Seweryna Mielżyńskiego 23. Telef. 4019

## Glanz-Rapp-Hengst
**zu verkaufen.**

Alter 3½ Jahre, Größe 1,68 cm. — Vater **Beberbecker Hengst.** — Sehr flottes Wagenpferd. Zur Zucht geeignet. Auffallend schönes Pferd. Verkäuflich, da kein Passer vorh. **Tausche auch gegen gutes Reitpferd** (Stute, 4—6 J. alt, Größe 1.68—1,70 m). [7430

**Rittmeister v. Boeltzig,**
**Broniewice p. Janikowo, pow. Mogilno.**

## Plüschgarnitur
**Trumeaux**
**und andere gute Möbel**
**sofort preiswert zu verkaufen.**
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

## Arbeitsmarkt

### Alleinstehender Kaufmann,

Mitte 40er, respektable Erscheinung, **sucht zur Uebernahme eines rentablen Geschäfts eine vermögende, gebildete**

### Dame als Teilhaberin.

**Wunsch: spätere Heirat.** — Gefl. Offerten unt. **7366** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Zum 1. Juli d. Js. eine evangelische**

### Gutssekretärin

**gesucht,** die schon in solcher Stellung war. — Polnische Sprachkenntnisse erwünscht. [7374
**Herrschaft Wąsowo, pow. Nowy Tomyśl.**

**Wir suchen zu möglichst sofortigem Antritt eine flotte** [7393

### Stenotypistin.

**Persönliche Vorstellung erwünscht.**
**Mecentra,**
**Maschinen-Zentrale, Poznań, ul. Zwierzyniecka 13.**

**Gesucht zum 1. Juli ältere, erfahrene**

### Wirtschafterin

**für Landhaushalt.** [7426
**Frau v. Lattorff, Gorzycka, pow. Międzychód.**

**Suche zum 1. Juli d. Js. erfahrene, evang.**

### Wirtin oder Stütze,

die im **Gutshaushalt** bereits tätig war. Zeugnisse, Bild und Gehaltsforderung an
**Frau Gutsbesitzer Weise,**
**Bielawy bei Koffowo, Kreis Leszno.**

Für unsere **Hauptstelle Wolsztyn** und unsere **Nebenstelle Nowy Tomyśl** wird **je ein zur Leitung** befähigter

## Bankbeamter

zum **schnellstmöglichen Antritt** gesucht. Bewerber müssen **banktechnisch** durchaus vorgebildet sein, **selbständig disponieren** können und polnische Staatsbürger sein. **Gehalt** und **Tantieme** nach Vereinbarung.
Bewerbungen werden sofort an den Unterzeichneten erbeten.

**Westbank Tow. Akc., Wolsztyn.**
Im Auftrage des Aufsichtsrats:
Kaufmann **Bruno Schulz, Wolsztyn,** stellv. Vors.

## Spielplan des Großen Theaters.

**Dienstag,** den 5. 6., abends 7½ Uhr: **„Straszny Dwór“**, Oper von Moniuszko.
**Mittwoch,** den 6. 6., abends 7½ Uhr: **„Marja“**, Oper von H. Opieński.
**Donnerstag,** den 7. 6., abends 7½ Uhr: **„Die verkaufte Braut“**, komische Oper von Smetana.
**Sonnabend,** den 9. 6., abends 7½ Uhr: **„Lohengrin“**, Oper von Wagner.

Billettvorverkauf im Zigarrengeschäft des Herrn Górski im Hotel Monopol, Ecke ul. Fredy und Sew. Mielżyńskiego.

**KINO Colosseum św. Marcin 65.**
Vom 4. bis 10. Juni:
Liebling aller Kinobesucher
**Eddie Polo**
in dem 6 aktigen Sensationsdrama
**Bestrafte Habgier**
Nur eine Serie

Sensation! **Teatr Pałacowy** Sensation!
Plac Wolności 6.
Vom 4. bis 10. Juni. Vom 4. bis 10. Juni
**Sensationsprogramm**

### Der König der Kraftmenschen

Das grösste, alles bisher überbietende sensationelle Abenteurerdrama in 2 Serien zu je 5 Akten.
In der Hauptrolle der Meister in Welt-Ringkämpfen: **Reicewich.**
I. Serie u. dem Titel: **Der fürstliche Vampir**
II. Serie u. dem Titel: **Die Geheimnisse d. Teufelsschlosses**

**Achtung!** Um den Gesamteindruck zu wahren, führen wir beide Serien zugleich vor.

Der Film wurde in den grössten Lichtspieltheatern der Welt bei ständig wachsendem Erfolg gespielt.
Beginn d. Vorstellungen um 4, 6¼ u. 8½ Uhr.




## Ruder-Club
**„Neptun“, Posen,** Tow. zap.
**Mittwoch, den 6. Juni cr.,**
**abends 8½ Uhr:**
**Monatsversammlung**
**bei Siebert.**
Zahlreiches Erscheinen dringend erforderlich.
**Der Vorstand.**

Ich hab's
**Urbin**
die gute Ware
erhält die Schuhe
viele Jahre.

**Hersteller: Urbin-Werke, G. m. b. H. Danzig, am Troyl,**
**Vertreter: M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Tüchtigen, erfahrenen, selbständigen (7428
### Polsterer
für Sofa- und Klubgarnitur sucht **R. Wiwjora, Möbelfabrik, Chojnice.**

### Ein Mädchen
vom Lande wird gesucht. **Scherfke, Poznań, Dąbrowskiego 93.** (7437

Älterer, erfahrener, polnischsprechender
### Landwirt
ev., verh., ohne Kinder, **sucht Stellung als**
### Hofverwalter.
Angebote unter **7439** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Stellengesuche

### Brennereiverwalter, Kassierer u. Gutsvorsteher,

24 J. alt, 8 J. prakt. „Delbrück'sche“ Schule, tüchtiger Fachmann, vertraut m. elektr.- Gasmotoren, sowie Kartoffelflockenfabrikation und aller Trocknerei, sucht zum 1. 7. 23 evtl. früher selbständ. Dauerstellung. Ang. u. **7433** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

# Aus Stadt und Land.

Posen, 4. Juni.

## Staatspräsident Wojciechowski in Posen.

Am Sonnabend um 5 Uhr nachmittags traf der Staatspräsident aus Ostrowo auf dem Posener Offiziersbahnhof ein, wo ihn der Stadtpräsident Ratajski in Anwesenheit sonstiger Spitzen der Behörden mit einer kurzen Ansprache empfing. Nach der Begrüßung begab sich der Staatspräsident inmitten langer Spalierketten durch die Ehrenpforte am Schlosse in einer sechsspännigen Karosse nach dem Dom, wo ein Gottesdienst abgehalten wurde. Nach dem Gottesdienst schritt der Präsident die Front einer am Dom aufgestellten Ehrenwache der Posener Schützengilde ab, um sich darauf nach dem Schloß zu begeben, wo er Wohnung nahm. Um 8 Uhr abends wurde von der Posener Landesverwaltung, der Großpolnischen Landwirtschaftskammer und der Handels- und Industriekammer ein Festessen gegeben.

Der Landtagsmarschall Poniński hielt eine Ansprache, in der er zunächst der Aufstände und der wiedererlangten Freiheit Polens gedachte und dann die Hoffnungen aussprach, daß der Staatspräsident überall im Lande aufblühende soziale und kulturelle Arbeit sehen werde.

Der Staatspräsident betonte in seiner Antwort, daß er Großpolen zu wenig kenne, um sein persönliches Urteil über das Leben im Posener Teilgebiet abzugeben, und fuhr dann folgendermaßen fort:

„Ganz Polen weiß, daß die Bürger dieses am weitesten nach dem Westen vorgerückten Landes Polen lieben und für Polen zu arbeiten verstehen. Zu Zeiten der Knechtschaft habt Ihr Euch an Disziplin und Solidarität gewöhnt, und diese Tugenden sind bei der Bildung eines eigenen Staatswesens unerläßlich. Im nächsten Jahre werde ich, so Gott es will, auf längere Zeit herkommen, und dann werde ich Eure Arbeitsmethoden kennenlernen. Heute kann ich Ihnen nur ein Kriterium geben, das ich als Staatspräsident bei der Beurteilung bürgerlicher Arbeit anwende. Mickiewicz hat gesagt, daß die Verfassung vom 3. Mai das politische Testament Polens sei. Ihr Geist unterscheidet uns von anderen Nationen. Wir kannten keine Revolutionsvergangenheit, nur den Kampf mit dem Ansturm. Im Innern schufen wir bessere Bedingungen, indem wir den Ausbruch des Unwillens durch den guten Willen aufgeklärter Bürger verhinderten. Polens Aufgabe besteht darin, mit dem Geist der Zeit auf dem Wege der Evolution mitzugehen und dadurch unerwünschte Erscheinungen des Unrechts der Schwachen zu verhindern. Das ist das Merkmal der Kultur Polens geworden, und von diesem Gesichtspunkte aus werde ich Eure Arbeit bewerten. Ich stelle noch einmal fest, daß Ihr Polen von ganzem Herzen liebtet und liebet, daß Ihr es verstanden habt, für Polen zu arbeiten im Kampf mit dem gefährlichsten Angreifer. Dafür danke ich Euch und bringe ein Hoch aus auf das am weitesten nach Westen vorgeschobene Land. Angesichts der in ferner Vergangenheit erlittenen Scharten haben wir hier nichts abzugeben, sondern sehr viel zu gewinnen, das wiederzuerlangen, was Polen hier in Zeiten des Falls verlor."

In der 12. Nachtstunde fuhr der Staatspräsident nach dem hell erleuchteten Schlosse, um sich zur Ruhe zu begeben. In den Straßen, die er durchfuhr, wurde er von der zahlreich versammelten Menge begrüßt.

Am gestrigen Sonntage begab sich der Staatspräsident um 8 Uhr vormittags zur Teilnahme an der großen Fronleichnamsprozession auf dem Alten Markte zur Pfarrkirche, von wo sich nach einem Tedeum der Prozessionszug in Bewegung setzte. Der an der Prozession teilnehmende Staatspräsident schritt in Begleitung des Posener Wojewoden, Grafen Bniński, des Stadtpräsidenten Ratajski, dem Armeeinspektors Gen. Skierski, des Kommandierenden Generals Raszewski und des Stadtkommandanten, Generals Milewski. Die Prozession zog an den vier Altären vorbei, die auf dem mit Fahnen, Teppichen und Girlanden malerisch geschmückten Alten Markt aufgebaut worden waren. Nach fünf Viertelstunden kehrte die Prozession nach der Pfarrkirche zurück, wo Prälat Stychel eine Pontifikalmesse zelebrierte. Der Staatspräsident begab sich darauf zu einem Frühstück nach dem Rathause, von dort nach dem Nationalmuseum und dann nach dem Schloß. Dort besuchte ihn Kardinal Erzbischof Dr. Dalbor. Nach dem Besuch erteilte der Präsident einige Audienzen.

Um 5 Uhr nachmittags nahm der Staatspräsident im Hotel Bazar an einer Veranstaltung teil, deren Ertrag für das Großpolnische Rote Kreuz bestimmt war. Nach darauffolgendem kurzen Aufenthalt im Schloß begab sich der Staatspräsident nach dem erzbischöflichen Palast, wo Kardinal Dr. Dalbor zu seinen Ehren ein Diner gab.

Auf einen Trinkspruch des Kardinals Dr. Dalbor antwortend, betonte der Staatspräsident, daß das Streben nach Hebung des moralischen Wertes des Volkes durch einträchtige Mitarbeit mit der Kirche die Pflicht des für das Volkswohl sorgenden Staatsoberhauptes sei, und schloß mit einem Hoch auf den Papst.

Um 10 Uhr abends fand in den Empfangssälen des Schlosses ein Gesellschaftsabend statt, an dem u. a. Kardinal Dr. Dalbor, Bischof Łukomski, der Wojewode Graf Bniński, der Armeeinspektor General Skierski, der Kommandierende General Raszewski sowie Vertreter der Literatur und Kunst, der Presse und der politischen Welt und der Landwirtschaft teilnahmen. Der Gesellschaftsabend zog sich bis Mitternacht hin.

Heut, Montag, vormittags gegen 9 Uhr fuhr der Staatspräsident Wojciechowski in den Kreis Kosten zum Besuch des Rittergutes Racot und anderer Güter. Seine Rückkehr von dort wird heute abend gegen 6 Uhr erwartet. Er begibt sich darauf in das Hotel Bazar zur Teilnahme an einem ihm zu Ehren stattfindenden Festessen. Morgen früh in der 9. Stunde erfolgt dann die Rückreise des Staatspräsidenten nach Warschau.

## Aufhebung des 5. Departements für innere Angelegenheiten in Posen.

Mit dem vergangenen Freitag ist das fünfte Departement des Ministeriums für innere Angelegenheiten in Posen aufgehoben worden. Damit wurde die endgültige Unifikation der beiden westlichen Wojewodschaften mit der Republik vollzogen. Zur Wahrung der Interessen der beiden Wojewodschaften gehen acht Beamte des Departements zum Innenministerium in Warschau über, wo eine besondere Abteilung für die beiden Wojewodschaften, insbesondere für Selbstverwaltungsfragen, geschaffen wird. An der Spitze der Abteilung wird Herr Adam Grabowski, der frühere Vorsteher der Selbstverwaltungsabteilung im fünften Departement in Posen stehen.

## Aenderungen der Wojewodschaftsgrenzen.

Nach der „Gazeta Warszawska" hat der Ausschuß der Verwaltungsreform folgende Aenderungen der Wojewodschaftsgrenzen in Aussicht genommen. Der Wojewodschaft Pommerellen sollen zugeteilt werden die Kreise: Bromberg, Wirsitz, Inowrocław, Strelno, Schubin (gegenwärtig Wojewodschaft Posen) und die Kreise Lipno, Rypin, Nieszawa und Włocławek (gegenwärtig Vorwerk Warszawa). Der Wojewodschaft Warschau sollen u. a. der Kreis Soldau (gegenwärtig Pommerellen) einverleibt werden.

## Rücksichtslosigkeiten.

Ein Freund unseres Blattes schreibt uns:

Die Promenade am früheren Busseweg entlang, die nach dem Przepadek bzw. Św. Wojciech (fr. St. Adalbert) führt, ist reizend und zeichnet sich durch peinliche Sauberkeit aus. Ein Spaziergang auf dieser Promenade ist wirklich ein Genuß, der noch gesteigert werden kann, wenn man auf den zahlreich vorhandenen Bänken ein Stündchen ruhen kann, sofern es die in diesem Jahre recht spärlichen „Mailüfterl" gestatten. Aber alle Mühen und Geldausgaben sind umsonst, denn die Vandalen, will sagen Ziegen, treiben hier eine Staubwirtschaft. Und die Tiere finden hier Futter in Hülle und Fülle. Am gestrigen Sonntag hatte ich das für mich seltene und zweifelhafte Vergnügen, mindestens ein Dutzend dieser milchspendenden Geschöpfe mit ihren Sprößlingen davonzujagen. Und die Herren Hütejungen (so muß man ja jetzt wohl sagen?) amüsierten sich auf der Promenade selbst, indem sie von den Bäumen und Sträuchern Blüten abrissen. Ein Wärter ist wohl da, aber er kann nicht überall sein, weil die Promenade zur Beaufsichtigung für einen Menschen zu lang ist. Sollte es sich nicht empfehlen, den Wärter mit Vollmacht zu versehen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen, die vagabundierenden Ziegen mit Beschlag zu belegen und ihre Eigentümer mit der Erlegung hohen Einlösegeldes zu bestrafen? Ich bin überzeugt, dieses Mittel würde einen sehr heilbaren Einfluß ausüben.

## Blutige Liebestragödie.

Am Sonnabend nachmittag hatte sich ein hiesiges Brautpaar der 23jährige Buchdrucker Marjan Smolibowski, wohnhaft Grudziniec 26 (fr. Ziegelstr.), mit seiner Braut Leokadja Sz. nach Ludwigshöhe begeben. Unterwegs geriet das Paar, das unmittelbar vor der Verehelichung stand, miteinander in einen heftigen Streit, in dessen Verlauf der Bräutigam plötzlich einen Revolver aus der Tasche zog und einen Schuß auf seine Braut abgab, die, in der Herzgegend getroffen, blutüberströmt zusammenbrach. Dann richtete er den Revolver gegen sich selbst und verletzte sich in der Herzgegend so schwer, daß er sofort tot zusammenbrach. Das junge Mädchen wurde dem Stadtkrankenhause in Posen zugeführt; sein Zustand gibt zu ernsten Besorgnissen kaum noch Anlaß.

## Bestätigtes Todesurteil.

Die Begnadigung des siebenfachen Raubmörders Sobczak aus Piątkowo (früher Schönherrnhausen) ist, einer Meldung des „Przegląd Poranny" zufolge, vom Staatspräsidenten abgelehnt worden und die Bestätigung des Todesurteils am Sonntag in Posen eingetroffen. Die Vollziehung des Urteils wird am Donnerstag früh 6 Uhr durch Erschießen erfolgen.

## Die Bromberger Ausstandsbewegung.

Der vergangene Woche in einigen industriellen Betrieben Brombergs ausgebrochene Streik ist, wie die „Rzeczp." erfährt, noch nicht beigelegt. Im Gegenteil haben die Arbeiter verschiedener bisher vom Streik nicht betroffener Betriebe ebenfalls sich den Streikenden angeschlossen. Sämtliche Gerbereien und Betriebe der Metallbranche liegen still. Der Grund liegt in der Nichtanerkennung des Graudenzer Schiedsspruches, der eine Lohnerhöhung von 33 Prozent vorsah. Zu beachten ist, daß das polnische Arbeitsministerium diesen Schiedsspruch aus formalen Gründen nicht bestätigt hat. Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind jedoch eingeleitet. Sollten diese zu keiner Einigung führen, wird Direktor Klatt als Vertreter des Warschauer Arbeitsministeriums sich persönlich nach Bromberg begeben, um hier zwischen den streitenden Parteien Frieden zu stiften. In ganz Pommerellen macht sich übrigens eine Bewegung für Angleichung der Löhne an die im Posener Gebiet bezahlten bemerkbar. Gegenwärtig werden in Posen nämlich um etwa 25 Prozent höhere Löhne gezahlt.

Wegen des Ausstandes im Bromberger Elektrizitätswerk sind die deutschen, wie polnischen Zeitungen Brombergs zur Zeit am Erscheinen verhindert.

## Unwetter.

Stadt Czarnikau und Umgegend wurde in der Nacht zum Fronleichnamstage zwischen 2—5 Uhr von einem furchtbaren Gewitter heimgesucht, das mit einem Wolkenbruch verbunden war. Das Wasser strömte in den Straßen höher als die Fußsteige. Im Stadtwäldchen, das einem See glich, wurden mit Ausnahme der Eisenbrücke neben dem Schützenhaus alle Brücken vernichtet. Sehr empfindliche Schäden erlitten die Gärtner am evangelischen und katholischen Kirchhof. Die Dampfmühle Klessa & Błaszczyński stand unter Wasser. Die Zerstörungen an den Häusern und auf den Feldern sind ungeheuer. Die Kartoffelfelder auf den Bergabhängen sind förmlich verschwunden. Blitzeinschläge wurden auch verzeichnet. Sie richteten jedoch keinen sehr großen Schaden an. Viele vom Hagel betroffenen Besitzer sind nicht versichert. — Der Frühzug nach Rogasen mußte angehalten werden, da das Gleis mit Sand und Steinen überschüttet war.

---

# **Erhöhung des Multiplikators für Konsulargebühren.** Das polnische Außenministerium hat, dem „Przegl. Wiecz." zufolge verfügt, daß der Multiplikator für Konsulargebühren für in Polen wohnhafte Personen von 400 auf 1000 erhöht wird.

# **Drei neue Eisenbahnlinien zur Kohlenabfuhr.** Das Eisenbahnministerium beabsichtigt drei neue Eisenbahnlinien, die speziell der Kohlenabfuhr dienen sollen, zu bauen. Die erste Linie wird von Zagłembia—Dombrowa über Czenstochau nach Zduński-Wola in einer Länge von 165 Kilometer führen. Die zweite Linie führt von Herby, bei Lublinitz, über Wielun—Wieruszow in einer Länge von 100 Kilometer, und die dritte Linie von Zagłemba—Dombrowa nach Warschau in einer Länge von 290 Kilometer. Mit dem Bau der ersten beiden Linien wird noch in diesem Jahre begonnen werden. Er soll im Jahre 1925 fertiggestellt sein. Mit dem Bau der dritten Eisenbahnlinie soll erst nach Fertigstellung der beiden anderen Linien begonnen werden. 1928 hofft man auch mit diesem Bau fertig zu sein.

# **Der polnische Eisenbahnverkehr im April.** Das polnische Eisenbahnministerium veröffentlicht einige authentische Angaben über den Verkehr auf polnischen Eisenbahnen im Monat April. Durchschnittlich wurden täglich befördert 9934 Wagen (im Jahre 1921: 8601, 1922: 8929). Davon waren beladen auf polnischen Stationen 7588 (1921: 5998, 1922: 6526). Aus dem Auslande kamen herein 1561 Wagen (1921: 1228, 1922: 1342). Im Transitverkehr passierten polnisches Gebiet 785 Wagen (1921: 1375, 1922: 1061).

# **Der Roggen blüht.** Der Roggen, der meistens recht gut auf den Feldern steht, beginnt vielfach zu blühen. Bei dem häufigen Regen und der meistens folgenden warmen Witterung ist das Wachstum überaus gut. Die Ernte der anderen Getreidearten usw. verspricht gleichfalls ertragreich zu werden.

X **Güterzugentgleisung.** Am Sonnabend nachmittag entgleisten auf der Strecke Posen—Grätz zwischen Stenschewo

---

# Frau Else.

### Die Geschichte einer Ehe.

Von L. v. Rohrscheidt.

(36. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Das wäre wohl übermenschlich viel verlangt," meinte er zögernd.

„Dann ist schon alles zu Ende, mein Lieber, Geliebter; meine Kinder verlasse ich nicht!"

„Sie würden bei der Mama sehr gut aufgehoben sein."

Leise strich sie über die finsteren Falten auf seiner Stirn. „Das wäre Sünde! Ehrlos käme ich mir vor, wie ein Soldat, der seinen Posten verläßt. Mein Wölfchen mit seinem zarten Gemüt, wieviel müßte er später leiden; Hans-Otto würde den Groll über meine Untreue immer an dem Kinde auslassen, das ihn an mich erinnert. O, Rainer, das kannst Du doch nicht von mir geglaubt haben?"

„An die Kinder habe ich gar nicht gedacht," sagte er aufrichtig. „Das ist die Selbstsucht des Mannes; wir denken nur an uns und unser Glück." Er zog sie in seine Arme. „Ich gebe auch die Hoffnung nicht auf; wir haben uns nicht gefunden, um uns schnell wieder zu verlieren. Willst Du mir nicht versprechen, auch ein wenig Mut und Zutrauen zu haben?"

„O Du!" flüsterte sie und sah mit dem Ausdruck innigster Hingabe in das schmale, braune, so heißgeliebte Gesicht. „Mag kommen, was will, ich bin doch glücklich, daß wir einander begegnet sind!"

„Mein Lieb, mein Alles!" murmelte er, sie an sich pressend.

Der Fuchs, der bis jetzt friedlich gegrast hatte, hob den Kopf und wieherte. Auf dem weichen Sandboden hörte man erst spät den Hufschlag antrabender Pferde. Rainer sprang auf und trat zu den Tieren, um ihre Zügel zu lösen. Else ordnete ihr Kleid und streifte die Handschuhe über; da bogen auch schon der Oberst v. Rotburg und seine älteste Tochter um die Ecke.

„Guten Morgen, meine Herrschaften," rief der Oberst fröhlich. „Sie müssen ja noch früher aufgestanden sein als wir, wenn Sie sich hier schon ausgeruht haben; nun begleiten Sie uns noch ein Stückchen Weges, nicht wahr, gnädige Frau?"

„Gern!" sagte Else gelassen.

Sie ritt mit dem Obersten voran. Sonst unterhielt sie sich immer gern mit dem liebenswürdigen, feinsinnigen Manne, jetzt mußte sie aber ihre ganze Selbstbeherrschung aufbieten, um keine verkehrten Antworten zu geben. Frau Herma fragte unterdessen an Rainer herum: ritt er täglich mit seiner Schwägerin? Wie angenehm mußte es für sie sein, immer einen ritterlichen Begleiter zur Seite zu haben! Die Ehemänner würden doch meist etwas gleichgültig nach fünfjähriger Ehe, selbst gegen die schönste Frau. Dem Großherzog war der Abschied gewiß schwer geworden? Alte Liebe rostet nicht! Rainer antwortete nur mit knapper Höflichkeit; ihm war die lebhafte, unruhige Frau wenig angenehm.

Als sie in die Nähe der Rosenvilla kamen, bog der Weg ab. Der Oberst und seine Tochter verabschiedeten sich. „Wir werden Sie also nächstens als Pikarde bewundern, Frau v. Biegeleben?" sagte Frau Herma, „wirklich, Sie sind vielseitig!"

„Nicht so sehr, wie Sie annehmen," gab Else zurück, „die Rolle der Pikarde übernehme ich keinesfalls."

„Weshalb nicht? Ihr Herr Gemahl wünscht es doch."

„Ich bin von den letzten unruhigen Tagen zu stark ermüdet."

„Sie haben es gewiß nötig, sich auszuruhen, meine gnädige Frau." Der Oberst streifte mit väterlicher Teilnahme ihr blasses Gesicht. „Sie sehen sehr angegriffen aus."

„Ich würde raten, Frau v. Bergwitz nimmt die Pikarde und wählt meinen Mann zum Partner, dann ist allen Teilen geholfen," schlug Else vor, ihre Lippen zuckten spöttisch.

„Ich werde es mir überlegen; grüßen Sie Ihren Gatten jedenfalls von mir," entgegnete Helma hoheitsvoll. „Die erste Probe ist wohl bei Ihnen?"

„Ja, und alle folgenden wahrscheinlich auch! Auf Wiedersehen!"

„Du bist ja so schweigsam, Papa?" Frau Herma sah ihren Vater im Weiterreiten von der Seite an. „Hast Du noch nichts gemerkt? Die beiden wurden sehr ungern gest.rt."

„Ich habe nur bemerkt, daß Du und Frau v. Biegeleben Euch gern Spitzen gebt," erwiderte der Vater harmlos, „und daß es dem schönen Hans-Otto gesünder wäre, wenn er den tüchtigen Morgenritt mitmachte, statt auszuschlafen; er wird dick; der tannenschlanke Bruder sieht zu Pferde besser aus als er."

Der neugierigen Tochter gegenüber wollte er nichts zugeben, aber er dachte mit Sorge an das weiße, verzweifelte Gesicht der jungen Frau und an Rainers finstere Miene, als er sie im Walde überraschte.

VIII.

Die letzten Tage vergingen so unheimlich schnell. Wenn die Sonne abends sank, sagte Else sich: dreimal, zweimal, noch einmal geht sie auf und dann... — siehst Du ihn nicht mehr! Sie hatten beide kaum noch einen Augenblick ungestörten Beisammenseins. Die Mama, die am Tage nach dem Ausrücken des Regiments abreisen wollte, mußte ihren Jüngsten noch genießen; die Regimentsfamilien wollten ihn sämtlich noch einmal bei sich sehen; es war eine fortwährende Unruhe vom Morgen bis zum späten Abend. Eine Stunde zum letzten gemeinsamen Musizieren hatten sie sich noch ausbedungen, aber Elses Stimme erstickte in Tränen.

„Ich kann nicht," sagte sie leise, „laß mich hier still neben Dir sitzen und spiele noch etwas!"

Mit scheuer, flüchtiger Liebkosung streiften seine Lippen ihre Wange. „Fang' Deine Singstunden in Berlin wieder an," flüsterte er, „dann können wir uns wiedersehen." Sie nickte ihm dankbar zu; ein kleiner Trost war es wenigstens, und dann spielte er seine Liebe, Verzweiflung und wieder aufflammende Hoffnung! Alles zusammen hörte sie in den Tönen erklingen, sehnsüchtige Seufzer und Engelsstimmen, die das Leiden der Menschheit auf betenden Herzen trugen, und immer in den mächtigen Akkorden wiederkehrend: „Ich will, ich gebe Dich nicht auf."

(Fortsetzung folgt.)

und Granowo 4 Waggons eines Güterzuges. Bald darauf kam der Personenzug heran, dessen Führer es jedoch glücklicherweise gelang, den Zug zur rechten Zeit zum Stehen zu bringen, sodaß ein weiteres Unglück verhütet wurde. Es ist lediglich ein großer Materialschaden zu beklagen. Die Beseitigung der Hindernisse nahm einige Stunden in Anspruch. Der Zugverkehr erfuhr auf der genannten Strecke eine große Verspätung.

# **Das Konzert des Geigers St. Barcewicz** findet heute, am Montag, abends 8 Uhr, im Evang. Vereinshaus statt. Herr Barcewicz wird Werke von Bach, Beethoven, Tschaikowski, Pugnani-Kreisler, Sarasate, Zarzycki spielen. Sein Klavierbegleiter ist Prof. Mikołaj Mikłaszewski. Eintrittskarten in der Buchhandlung von Arct, Plac Wolności 7, und an der Abendkasse.

# **Großes Theater.** Dienstag: „Straszny Dwór". Mittwoch: „Marja". Donnerstag: „Die verkaufte Braut". Am Sonnabend findet die erste Aufführung von Richard Wagners „Lohengrin" statt (musikalische Leitung: Direktor Stermich; Spielleitung: Herr Tarnawski). Die Titelrolle singt Herr Woliński, die Elsa Frl. Chwińska (in späteren Aufführungen abwechselnd mit Frl. Jakubowska), die Ortrud Frl. Szafrańska (in späteren Aufführungen abwechselnd mit Frl. Lenczewska). König Heinrich: Herr Urbanowicz. Telramund: Herr Karpacki. Heerrufer: Herr Płoński. Vorverkauf der Eintrittskarten bei Gówski (Hotel Monopol).

# **Der Ruderklub Neptun hält am Mittwoch, abends 8½ Uhr** bei Stiebert seine Monatsversammlung ab, worauf auch an dieser Stelle nochmals hingewiesen sei.

X **Festnahme eines Straßenräubers.** Auf der ul. Grunwaldzka (fr. Auguste Viktoriastr.) verfolgte gestern ein Mann ein junges Mädchen, das in einer Ledertasche 2½ Pfd. Fleisch und 1½ Pfd. Wurst trug. Plötzlich entriß er ihr die Tasche und suchte damit das Weite. Er wurde jedoch eingeholt und festgenommen. Seine Persönlichkeit wurde als die eines obdachlosen Paul Barczak festgestellt.

X **Festnahme eines Einbrechers.** Gestern wurde in Posen ein obdachloser Mann namens Fischer festgenommen, der in der Nacht zum Sonntag einem Konditoreiladen in der ul. 27. Grudnia (früher Berliner Straße) vergeblich einen unerwünschten Besuch abzustatten versucht hatte.

X **Diebstähle bei der Prozession.** Bei der gestrigen großen Fronleichnamsprozession versuchte ein junges Mädchen Eva N. einem Herrn die Uhr aus der Tasche zu ziehen. Sie wurde jedoch dabei ertappt und festgenommen. Ein anderer Dieb, der einer Dame eine Handtasche mit 200 000 M. Inhalt im Gedränge stehlen konnte, hatte mehr Glück; denn er ist mit seiner Beute unerkannt entkommen.

* **Graudenz, 3. Juni.** Gemäß Verfügung der polnischen Behörden wurden nach dem „Słowo Pomorskie u. a. folgende, hier wohnhafte deutsche Staatsbürger aus Polen ausgewiesen: Elektrotechniker Otto Kolinger, Schneider Rudolf Burian, Drucker Paul Appel, Techniker Johannes Tiesel, Kaufmann Paul Lange, Glaser Johannes Scheer, Studienrat Kurt Müller, Arbeiter Georg Borchlas, Rentner Oskar Achterrath, Robert Malzahn, Schmied Kurt Magnus, Schornsteinfegermeister Walter, Kaufmann Walter Voß, Kaufmann Ludwig Löwenthal, Konrad Behrendt, sämtlich mit Familien. Außerdem wurden aus Graudenz und der Republik Polen ausgewiesen: der Kaufmann Alfred Baumstein und der Schlosser Willy Meyer, sowie Frau Else Hoffmann, geb. Zühlsdorff.

* **Thorn, 2. Juni.** Die Militärverwaltung hat den ganzen ehemaligen Exerzierplatz an der Leibitscher Chaussee beackern lassen. Ein Teil ist mit Roggen bestellt, der sehr schön steht, der andere Teil wird jetzt mit Kartoffeln bepflanzt. Die Arbeiten werden von Soldaten ausgeführt. — Im Gelände der chemischen Fabrik „Salus" in der Mellienstraße stürzte vor einigen Tagen eine Decke ein, die mit 4500 Kilogramm Salzen und zwei Kisten mit Glas belastet war. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen. — Kein Brennmaterial mehr in Natura erhalten von jetzt ab die Lehrer im Landkreise. Sie bekommen dafür eine Geldentschädigung ausgezahlt, wie die Lehrer in der Stadt, und müssen sich dafür das Brennholz selbst kaufen. Die Landlehrer sind deswegen sehr beunruhigt; sie befürchten, daß die Geldentschädigung nicht den Marktpreisen des Holzes angemessen sein wird.

### Aus Ostdeutschland.

* **Deutsch Krone, 2. Juni.** In unmittelbarer Nähe von Deutsch-Krone ereignete sich Donnerstag morgen um 8 Uhr ein schweres Eisenbahnunglück. Durch Unterspülung des Bahndammes infolge des Regenwetters nachts entgleiste der Zug der Sekundärbahn Deutsch Krone-Schloppe. Der Lokomotivführer Hoffmann wurde getötet, ein Heizer schwer verletzt. Mit der Lokomotive entgleisten drei Güterwagen. Drei Güterwagen wurden ineinandergeschoben. Ein Passagier mit Namen Jäger wurde schwer verletzt.

# Aus dem Gerichtssaal.

## Ein Todesurteil.

Vor dem Schwurgericht in Tarnopol ist das erste Todesurteil gegen einen Teilnehmer an den Aufstandsbewegungen in Ostgalizien vor den letzten Sejmwahlen gefällt worden. Angeklagt waren Stefan Koroluk, ein Schüler der 5. Gymnasialklasse, der 25jährige Bauer Theodor Styczak aus Chorostowo und der Jude Kalisch aus Tarnopol. Alle drei sollten zu einer Bande gehören, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, Kandidaten für den polnischen Sejm zu ermorden, staatliche Polizeibeamte unschädlich zu machen, die Eisenbahnanlagen durch Sprengungen zu zerstören und ähnliche Sabotageakte zu verüben. Koroluk soll der Anführer der Bande gewesen sein, während Kalisch für falsche Pässe sorgte und auch die Verbindung mit der Sabotagezentrale in Kamieniec-Podolsk aufrecht erhielt. Die Voruntersuchung hatte ergeben, daß auch bolschewistische Einflüsse mit im Spiel waren. Styczak wurde zum Tode verurteilt, Kalisch erhielt ein Jahr Zuchthaus, während Koroluk freigesprochen wurde, da er sich zu rechtfertigen vermochte.

# Handel und Wirtschaft.

## Handel.

♂ **Neue Höchstpreise für Thomasmehl.** Eine Verordnung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bringt die neuen Höchstpreise für Thomasmehl. Die Preise betragen ab 1. Juni 1923 für 1 Kiloprozent Gesamtphosphorsäure 1582 Mk., für 1 Kiloprozent zitronensäurelösliche Phosphorsäure 1860 Mk. Neben den obengenannten Preisen kommt eine Umlage zur Erhebung, die für 1 Kiloprozent Gesamtphosphorsäure 118 Mk., für 1 Kiloprozent zitronensäurelösliche Phosphorsäure 140 Mk. beträgt. Mit der gleichen Verordnung werden auch die Sackpreise neu festgesetzt.

♂ **Materjał Budowlany T. A. in Posen hielt eine Generalversammlung ab.** Die Bilanzsumme für 1921 betrug 12 682 305 Mark, für 1922 98 672 584 Mk. Der Umsatz der Gesellschaft war, in Dollars umgerechnet, im Jahr 1922 um 100 Prozent höher als der Umsatz von 1921. Der Reingewinn betrug 22 554 295 Mk. bei einem Umlaufskapital von 5 Millionen. Die Summe von 20 Millionen für die II. Em. lief erst am Ende des Operationsjahres ein. Um ein engeres Zusammenarbeiten mit verwandten Firmen herbeizuführen, wurden zum Aufsichtsrat gewählt die Herren Ingenieure Anton Szumann, Direktor der Aktienges. „Tri" in Posen und Wł. Namysłowski, Dir. der Kalk- und Zementfabrik T. A. in Piechcin b. Pakosch. Als Dividende wurden 70 % festgesetzt.

♂ **Polska Centrala Handlowa.** Sp. Akc., Warschau, verzeichnete nach der Generalversammlung vom 28. Mai einen Reingewinn von 58 Millionen. 40 % Dividende wurde von den Aktien I. und II. Em., 20 % von denen III. Em. verteilt. Beschlossen wurde Erhöhung des Kapitals um 200 Millionen au 300 Millionen.

## Von den Banken.

♂ **Bank Kupiecki Łódzki** in Lodz beruft für den 15. Juni 6 Uhr abends eine Generalversammlung nach Warschau, Wierzbowa 8, ein. Tagesordnung: Rechenschaft für 1922, Wahlen, Bestätigung des Budgets, der Betriebsausgaben für 1923, Anträge. Teilnehmer müssen ihre Aktien bis zum 8. April bei der Kasse der Bank in Warschau oder Lodz hinterlegen.

♂ **Bank Handlowy Przemysłowy in Lodz** wirft auf Grund des Beschlusses der Generalversammlung vom 16. Mai eine Dividende von 30% aus, die vom 25. Mai ab durch die Zentrale in Lodz, die beiden Warschauer oder Sosnowicer Filiale gezahlt wird.

♂ **Bank dla Handlu Zagranicznego in Warschau** Sp. Akc. (Devisenbank), Zentrale Warschau Marzałkowska 142. Abteilungen in Posen, ul. 27. Grudnia 16, Danzig, Langgasse 37, erklärt, daß sie gemäß dem Beschluß der Aktionärversammlung vom 26. Mai an Dividende für 1922 von den Aktien I und II Em. 250%, von denen III und IV Em. 62½% zahlen wird. Die Zahlungen leisten die Kassen der Bank vom 1. Juni ab.

♂ **Bank Mazowiecki in Warschau** Sp. Akc. (Devisenbank), Świętokrzyska 30, schreibt auf Grund des Beschlusses der Aktionärversammlung vom 8. Februar die Subskription auf eine Erhöhung ihres Anlagekapitals um 900 Millionen auf eine 1 Milliarde aus und beabsichtigt 900 000 Aktien IV Em. zu 1000 Mk. herauszugeben. Die gesamte Emission ist bereits durch Zeichnungen der bisherigen Aktionäre gedeckt, die pro Aktie 1500 Mk. zahlen.

♂ **Bank Stołeczny** in Warschau verzeichnet einen Reingewinn von 53 Millionen und zahlt 50 % Dividende. Die Verwaltung der Bank trifft Vorbereitungen, um das Aktienkapital auf 3 Milliarden zu erhöhen.

## Industrie.

⊙ **T. A. Fabryka Wapna i Cementu** (Kalk- und Zementfabrik) **Piechcin bei Pakosch** beruft eine Hauptversammlung der Aktionäre auf den 12. Juni, 1 Uhr, nach Posen in das Lokal der Bank Przemysłowców, T. A. Centrale.

## Wirtschaft.

♀ **Ausfuhrverbot für Rundholz.** Durch eine Verordnung des Schatzministers und des Handelsministers vom 17. Mai 1923 (Monitor Polski Nr. 116, Nr. 129) wurde die Liste der Waren, deren Ausfuhr aus Polen verboten ist, ergänzt durch eine Reihe von Holzarten, nämlich: Faschinen, Holzspäne, Scheitholz und Reisig, ferner Rundhölzer, Stangen, Blöcke und Klötze. Die Verordnung gilt vom 1. Juni d. Js. ab. Die Ursachen des Ausfuhrverbotes für Rundholz liegen in folgenden Verhältnissen: Deutschland, das an dem gesamten polnischen Holzexport einen Anteil von 75—80 Prozent hat, erhebt auf Rundholz einen Zoll von 5000 Mark pro Kubikmeter, dagegen auf Schnittmaterial einen solchen von 42000 Mark, weshalb der deutsche Holzverbraucher seinen Vorteil im Bezug von Rundholz erblickt, das er sich daheim zu Schnittholz verarbeitet, wobei er neben der großen Zollersparnis auch noch die Vorteile der einheimischen billigen Arbeitskraft genießt. Die unvermeidliche Folge dieses Zustandes ist, daß das Rundholz aus Polen in großen Mengen nach Deutschland geht, während die polnischen Sägewerke infolge Rundholzmangels vielfach feiern müssen. Hier greift nun der polnische Staat mit dem Ausfuhrverbot für Rundholz ein, um Sägewerken des Landes die Existenz zu erleichtern. Das vollständige Ausfuhrverbot für Rundhölzer kommt allerdings überraschend, da man noch vor einigen Tagen von der Erhebung eines Exportzolles von 31 000 M. auf 1 Kubikmeter Rundholz sprach.

♀ **Im Posener Hafen** langen dieser Tage vier Ladekähne an mit Braunkohle für die hiesige Fa. Górnośląskie Przedsiębiorstwo Węglowe. Bekanntlich steht der Heizwert der Braunkohle dem der besten Steinkohle bei richtiger Verwendung nur wenig nach. Dafür ist Braunkohle ganz bedeutend billiger, zumal es in diesem Falle der Firma gelungen ist, die große Ladung zu einem recht günstigen Preise zu kaufen. Bestellungen in jedem Umfang werden, wie uns die Firma mitteilt, auch telephonisch unter Nr. 1296 und 3871 entgegengenommen.

## Von den Märkten.

(Ohne Gewähr.)

**Papier.** Österreichisches, deutsches und tschechisches Papier pro Kilo loko Krakau, verzollte und versicherte Ware. Schreibpapier 1. Kl. holzfrei 9800, fast holzfrei 8300, satiniert 8700, nicht satiniert 3200, Konzeptpapier 5400, Buchpapier 9300, Anschlagspapier 6000, farbiges Umschlagpapier 5800, Briefpapier 5200, Löschpapier pro Rolle 1200, Seidenpapier pro Ries 80 000, graues Packpapier (Inlandware) 3200, braunes Packpapier 3400, farbiges Postkarten-Kartonpapier 6200, Alabasterkarton, holzfrei 9500, Hartmuthbleistifte pro Gros loko Krakau: Koh-i-Noor 450 000, Mephisto mittel 73 B 210 000, Mephisto hart 73 B 220 000, Viktoriableistifte 135 000, Kopierbleistifte 110 000. Tendenz für Papier fest, für Bleistifte steigend.

**Chemikalien.** In Warschau wurden pro Kilo loko Fabrik notiert: Aceton für die Ausfuhr 27 000, Inlandware 17 000, Essigessenz (mit Akzise) 14 000, Essigsäure 30proz. 4400, Formalin 30proz. 18 000, 40pro. 17 000, Salzsäure 1. Gattung 560, 2. Gatt. 475, Glaubersalz 1100, Ketonöl hell 900, dunkel 700.

**Metalle.** In Berlin wurden notiert: Elektrolytkupfer 24 582, raffiniertes Kupfer 99 bis 99,3 Proz. 22 500—23 500, Rohzink 10 000—10 500, Originalhüttenaluminium 98 bis 99 Proz. 33 500, 99 Proz. 35 580, Hüttenzinn 99 Proz. 68 000—69 000, Reinnickel 98—99 Proz. 41 000—42 000, Antimon 8700—8900, Silber in Stäben 1 470 000—1 485 000.

## Börse.

# **Regeln für Börsenmakler.** Dziennik ustaw. Nr. 53 vom 24. Mai bringt eine Verordnung des Schatzministers und des Min. für Industrie und Handel über die Art der Berufung und Zulassung von Börsenmaklern, sowie über die Rechte und Pflichten der Makler an den Geldbörsen Polens.

‡ **Die Polnische Reichsbank** zahlte am 1. Juni für Goldmünzen die Preise vom 28. Mai.

## Kurse der Posener Börse.

(Ohne Gewähr.)

| Bankaktien: | 4. Juni | 1. Juni |
|---|---|---|
| Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em. v. Bezr. | 7000 | —,— |
| Bank Przemysłowców I. Em. . . | 9000—8700 | 9300—9000 |
| Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em. | 14 500 | 14 000—14 600 |
| Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII. | 9000 | 9000 |
| Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. | 2550 | 2500—2600 |
| Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em. | —,— | 2100—2200 |
| Bank Młynarzy . . . . . . . . | 1600 | 2000 |
| **Industrieaktien:** | | |
| Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. . | —,— | 5000 |
| Browar Krotoszyński I.—IV. Em. | 40 000—37 000 | 40 000—30 000 |
| H. Cegielski (St. abgest.) . . . . . | 5000—4500 | 5000—4700 |
| Centrala Rolników I.—VI. Em. . | 4000 | 4200—4000 |
| Goplana I.—II. Em. . . . . . . | 50 000 | —,— |
| C. Hartwig I.—V. Em. . . . . . | 4000—3800 | 4100—4000 |
| Hartwig Kantorowicz I. Em. . . | —,— | 40 000—39 000 |
| Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em. | 1800—1600 | 1850-1700-1800 |
| Hurtownia Związkowa I.—III. Em. | 2400 | 2600—2500 |
| Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. . | 27 500—27 000 | 27 000 |
| Juno I. Em. . . . . . . . . . | 7000 | 7500 |
| Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. | 240 000 | 240 000 |
| Dr. Roman May I.—IV. Em. . . | 77 000—70 000 | 80 000—77 500 |
| Młyn Ziemiański I. Em. . . . . | 9000—9500 | —,— |
| Orient I.—II. Em. . . . . . . . | 5000—5500 | 5000 |
| Płótno I.—II. Em. . . . . . . . | 7500—7200 | 8000 |
| Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em. | 18 000—16 500 | —,— |
| Patria I.—VII. Em. . . . . . . | 8000—7500 | 7500—8000 |
| Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. . . | 30 000—35 000—34 000 | 28 000—27 000 |
| Tri I.—III. Em. . . . . . . . . | 7500—7200 | 7200 |
| „Unja" (früher Ventzki) I. u. II. Em. | 25 000 | —,— |
| Waggon Ostrowo I.—IV. Em. . . | 13 000 | —,— |
| Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em. . . | 42 000 | —,— |
| Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em. | 4500 | 4400—4500 |
| Żar I. u. II. Em. . . . . . . . | —,— | 65 000—60 000 |

**Valuten und Devisen:**

Deutsche Mark Auszahlung 0,78—0,76, Dollar G. 56 750, Dänische Kronen 10 300.

## Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 4. Juni 1923.

(Ohne Gewähr.)

Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

| | | | |
|---|---|---|---|
| Weizen . . . . | —,— | Roggenmehl . . (inkl. Säcke) | 196 000—206 000 |
| Roggen . . . . | 125 000—135 000 | Weizenkleie . . . | 66 000 |
| Braugerste . . | 100 000—105 000 | Roggenkleie . . . | 66 000 |
| Hafer . . . . | 135 000—140 000 | | |

Marktsituation unverändert. — Tendenz: ruhig.

## Danziger Mittagskurse vom 4. Juni.

Die polnische Mark in Danzig . . . . . . 134—135

Der Dollar in Danzig . . . . . . . . . 76 000—76 500

## Warschauer Börse vom 2. Juni.

**Devisen:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Belgien | 3050, | Paris . . | 3550, 3540, |
| Berlin | 0,73, 0,68, | Prag . . | 1635, 1630, |
| Danzig | 0,73, 0,68, | Schweiz . | 9850, 9830, |
| London | 254 000, 252 000, | Wien . . | 79, 76, |
| Neuyork | 54 500, 54 250, | Italien . | 2575. |

**Kaufe ein Haus**

mit freier Wohnung in Posen. Off. erb. u. **Nr. 59,162** an Annoncenbüro **„Par", ul. 27. Grudnia 18.** (669

**Aktien,**

**Brzechowo, Dębienko u. Żar,** suche zu kaufen. Ang. mit Kurs bitte u. **7434** a. d. Geschäftsst. d. Bl. zu richten.

**Fensterglas**

in allen Sorten, **Glaserkitt, Glaserdiamanten, Bilderleisten** liefert **L. Zippert, Gniezno.**

**Eckert** Ernte-Maschinen

**Lanz** Zentrifugen

sind jahrzehntelang erprobte Fabrikate! Sie bleiben unübertroffen, beliebt und bevorzugt in allen Teilen der Welt.

**Bandeisen**

von Papierrollen stammend, preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschst. d. Bl.

**Deutschland. Landwirtschaft**

27 Mrg., Weizenboden, Oderbruch, gute Gebäude, 2 Pferde, 4 Rindvieh, 5 Schweine, Geflügel, totes Inventar überkomplett, gute Ernte, zu verkaufen für 2200 Dollar und Kosten. Näheres durch **Karl Kleine, Lekno, pow. Wągrówiec.**

Wir bieten **antiquarisch** gut erhalten zum Kauf an: **162 Bände, gebunden, Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens.**

**Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A., Poznań,** Zwierzyniecka 6.

**Scheiben-Büchse**

(Kugelbüchse), in sehr gutem Zustande, preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl.

**Berlin—Gniezno. Wohnungstausch.**

2 Stuben, Küche, Korridor, Gas, Wasserleitung, möchte ich am 1. August gegen gleiche Wohnung in **Gniezno** tauschen. Meldungen an **Cichorski, Berlin C., Rückertstraße 1.** (7425

**Umzugsbeiladung nach Niederschlesien gesucht.**

Angebote unt. **7424** bis 24. 6. an d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

Welcher Besitzer auf dem Lande gewährt einem Lehrer

**Ferienaufenthalt**

— Juli-August —? Gegenleistung: Konversation in der polnischen Sprache, Nachhilfeunterricht und Hilfe in der Landwirtschaft und Jagd. Off. u. **7436** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

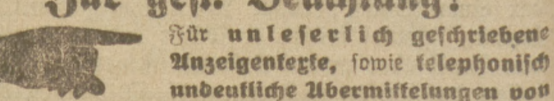
**Landwirtstochter,**

26 Jahre alt, evgl., mit größ. Vermögen und Aussteuer, wünscht mit Herrn zwecks

**Heirat**

in Briefwechsel zu treten. **Landwirt bevorzugt.** Ernstgemeint. — Ehrensache. Zuschriften mit Bild unter **N. 7383** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Zur gefl. Beachtung!**



Für **unleserlich geschriebene Anzeigentexte,** sowie **telephonisch undeutliche Übermittelungen von Anzeigen** ist die Zeitung **nicht verantwortlich.** Für derartige Mängel haftet der **Auftraggeber!**

**Geschäftsstelle des „Posener Tageblatts".**

**Dampf-Dreschmaschine**

(Lehnigk-Vetschau)

Trommellänge 1.53 m, Durchmesser 0,63 m, mit 8 neuen gerippten **Schlagleisten,** gebraucht, gründlich durchrepariert

**zu verkaufen.** [7441

**Joh. Bremer, Nowawieś Król., p. Września.**

**Junges Mädchen**

aus guter Familie mit Vermögen und Aussteuer wünscht **Herrenbekanntschaft zwecks Heirat.**

Ernstgemeinte Zuschriften mit Bild unt. **Glück 7427** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

**Puszczykowo!** 7398

Am Donnerstag ging auf dem Wege von der Warthe bis Oberberg eine **Brieftasche** mit ½ Million Inhalt und Ausweispapieren **verloren.** Wiederbringer erhält angemessene Belohnung. Abzugeben **ul. Kraszewskiego 3 II rechts.**